

Der Steinarbeiter

Organ des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Der Steinarbeiter erscheint einmal wöchentlich am Sonnabend.
Abonnementspreis durch die Post inkl. Bestellgeld vierteljährlich 1,20 Mk.
Nichtverbandsmitglieder haben direkt bei der Post zu bestellen.

Redaktion und Expedition:
Leipzig
Zeilher Strasse 32, IV., Volkshaus
Telephonruf 7505.

Anzeigen: An Gebühren werden von Privatn 40 Pfg. für die gespaltene
Petitzelle oder deren Raum berechnet. — Inserate werden nur gegen
vorherige Einsendung des Betrages aufgenommen.
„Der Steinarbeiter“ ist unter Nr. 7528 der Zeitungs-Postliste eingetragen.

Nr. 38.

Sonnabend, den 18. September 1909.

13. Jahrgang.

Inhalt.

Sauptlat: Streiks, Sperren und Lohnbewegungen. — Die sanitären Mißstände in der Berliner Marmorindustrie. — Aus dem Jahresbericht der Gewerbe-Aufsichtsbeamten und Bergbehörden in Elsass-Lothringen. — Wirtschaftliche Rundschau. — Der so schnell beendete Streik in Balduinstein a. d. Bahn. — Ein Organisationsjubiläum im Schwarzwald. — Vom Leipziger Parteitag. — Bekanntmachungen des Zentralvorstandes. — Korrespondenzen. — Aus dem Buzslauer Distrikt. — Rundschau. — Für die abgebrannten Kollegen in Neuforg. — Allgemeine Bekanntmachungen. — Quittung. — Adressenänderungen. — Briefkasten. — Anzeigen.

Beilage: Die Gewerkschaftsorganisationen im Deutschen Reich im Jahre 1908. III. — Sechste internationale Konferenz der Vertreter der gewerkschaftlichen Landeszentralen. (Fortsetzung.) — Schurkenstreiche. — Herr Korr, 2. Vorsitzender des christlichen Keramik- und Steinarbeiterverbandes. — Feuilleton: Aus der Elbsandsteinindustrie. (Schluß.)

Streiks, Sperren und Lohnbewegungen.

(Weber alle unter dieser Rubrik veröffentlichten Bewegungen ist wöchentlich zu berichten; wo das unterbleibt, fällt für die folgende Nummer die Bekanntmachung weg.)

Geperert sind: Niederlamitz: Firma Heinrich, für Steinmehlen und Pflasterer. — Osterwald: Steinmehlgewerk Meine & Illmann. — Osterode: Pflastersteingewerk Belomettin in Verbach. — Striegau: Sämtliche Betriebe.

Solnhofen. Kurz vor Redaktionsschluß wird uns die Mitteilung, daß der Kampf im Lithographiesteingewerbe beendet ist. Ein Tarifabschluß zwischen den Industriellen und den Christlichen kam zustande; ob die Reduzierungen abgewehrt werden konnten, wissen wir nicht. Eingehender Bericht folgt in nächster Nummer.

Mühlhausen (Elsaß). Die Oberelsässische Steinarbeiter-Gesellschaft, Filiale Mühlhausen, ist gesperert.

Ishoe. Die Steinmehlen bei der Firma Kolbe stehen im Streik. Zuzug ist streng zu meiden.

Balduinstein a. d. Bahn. Der Streik der Marmor Schleifer ist zu unseren Gunsten erledigt. (Siehe Bericht.)

Meißen I. Bei der Firma Hirschnitz in Iseha sind Differenzen ausgebrochen. Der Preis pro Quadratmeter Pflastersteine wurde um 70 Pfg. herabgesetzt. Die Firma weigert sich nach wie vor, den früheren Preis von 4.20 Mk. pro Quadratmeter Pflastersteine zu zahlen.

Sebnitz. Die Firma Lenk hat die Lohnreduktion zurückgenommen.

Nach folgenden ausländischen Orten ist der Zuzug fernzuhalten:

Oesterreich. Dögg, Neuhaus, Neu-Bistritz, Wien, Greifenstein, Klagenfurt, Triest, Pola, Mauthausen, Schwarzwasser.

Ungarn. Szolnok, Győr, Temesvár, Czéhárlóhánya, Budapest.

Schweiz. Zürich, Gundellen, Wassen, Ebersol, Chur, Herzogenbuchsen, St. Gallen.

Frankreich. Im Granitwerk in Abainville sind Differenzen ausgebrochen.

Bis zum 20. September haben uns die Vertrauensleute aus den Orten, wo die Sperre verhängt ist, eingehend brieflich mitzuteilen, wie sich bisher die Sperre bewährt hat. Wir haben keine Veranlassung, Sperrnotizen monatlang zu bringen und derweil stellt sich heraus, daß in den Betrieben Anorganisierte beschäftigt sind.

Die sanitären Mißstände in der Berliner Marmorindustrie.

Es war im Winter 1908/09, als die Berliner Marmorarbeiter zum zweitenmal Erhebungen über die sanitären Zustände in der Marmorindustrie veranstalteten. Seit der ersten Enquete waren bereits sechs Jahre verflossen, und man sollte meinen, daß in dieser Zeit wenigstens die himmelschreiendsten Mißstände beseitigt wären; aber weit gefehlt. Bei den letzten Erhebungen sind eine solche Reihe von skandalösen Feststellungen gemacht worden, daß man bewundern muß, wie im 20. Jahrhundert in der Haupt- und Residenzstadt diese menschenunwürdigen Zustände noch existieren können, und noch unter den Augen von Polizei- und Gewerbeinspektionen.

Es ist das eigentümliche für Berlin zu verzeichnen, daß die Marmorindustrie in der Mehrzahl aus Kleinbetrieben besteht, welche ihr Domizil in Wohngebäuden, Schuppen, Kellern usw. aufgeschlagen haben. Nun sind diese Kleinbetriebe erst in der letzten Zeit durch die Konkurrenz gezwungen worden, Maschinen zur Bearbeitung des Marmors aufzustellen, so daß die Arbeitsräume jetzt noch weniger als früher Anspruch erheben können, Aufenthaltsräume für Menschen zu sein. Durch den Maschinenbetrieb wird bedeutend mehr Wasser verbraucht, als beim Handbetrieb. Infolgedessen entwickelt sich auch

mehr Schlamm und Schmutz. Aber trotzdem wird in diesen Höhlen immer lustig weiter fabriziert zum Nutzen der Unternehmer und auf Kosten der Gesundheit der Arbeiter.

In Berlin und Umgegend befinden sich 36 Marmorfabriken und Werkstätten, außerdem noch 5 Firmen, welche nur Vertretungen haben und in den Erhebungen nicht mit einbegriffen sind, weil sie am Orte keine Werkstätten besitzen. Nebenbei gesagt: diese fünf Firmen haben es verstanden, den größten Teil der Bauarbeiten an sich zu reißen, so daß ziemlich ein Drittel der Berliner Marmorarbeiter periodenweise erwerbslos sind.

Die Kontrolle erstreckte sich auf 27 Geschäfte. Von diesen herrschten in 15 einigermassen annehmbare Zustände, während 12 Werkstätten für die Marmor-Industrie gar nicht geeignet sind. Wir fanden da die Wände mit Pilzen überzogen; Kleiderschränke sind nicht vorhanden, die Strahlenkleider der Arbeiter hängen an diesen nassen Wänden. Der Erdboden ist mit einer dicken Schlamm- und Schmutzschicht überzogen, so daß man sich nur mit Mühe auf den Beinen halten kann, um nicht auszugleiten. Unter den Arbeitstischen liegt der Schutt der Hauer und Schleifer wochenlang zu Bergen aufgehäuft. Türen und Fenster sind oft in mangelhaftem Zustand, und was letztere anbetrifft, so sind sie meist zu klein. Da nun beim Schleifen des Marmors der Arbeiter gut sehen soll, so wird in diesen dunklen Höhlen das Auge stets überanstrengt. Wir verlangen große Fensterrahmen, der obere Teil muß zum aufklappen sein; Ventilatoren müssen eingesetzt werden, um den Staub aufzusaugen, und gleichzeitig soll das Wasser aufzutrocknen. Die Höhenmaße einzelner Buben sind 2,50 bis 3 Meter, sie werden aber noch durch den sich anhäufenden Schutt bedeutend herabgesetzt. Frühstücksräume fehlten in den meisten Betrieben, und wenn sie da sind, so werden sie noch als Lagerräume benutzt, so daß der Arbeiter sein frugales Mahl an den Arbeitstischen zwischen all dem Schmutz und Schlamm verzehren muß. Die Waschanlage ist nur dem Namen nach da. Um ihre Hände zu reinigen, müssen die Arbeiter die Schleifkübel gebrauchen.

Wir haben das Ergebnis der Erhebungen zusammengestellt und werden es zur gegebenen Zeit gebrauchen. Nur ein Fall soll herausgegriffen werden. Es betrifft die Firma Sasse, Ruppiner Straße. Die Kommission schilderte den Befund der Werkstätte folgendermaßen: „Der vordere Eingang ist verschlossen. In der Tür ist ein Guckloch. Am hinteren Eingang ist es so finster, daß man sich kaum durchfindet. Im Innern ist es etwas heller, Fenster sind genug vorhanden, doch alle äußerst schmutzig. Der Boden, in seinem ursprünglichen Zustande nicht mehr zu erkennen, gleicht einem frisch aufgeworfenen Feldwege mit ins graue schimmerndem schlammigen Ueberzug. Die Menschen, welche darin arbeiten, gleichen sich, alle sind grau. (Wir meinen natürlich nicht, daß sich die Kollegen im animierten Zustande befinden.) Die Kleidungsstücke und Schürzen sind nicht erkennbar. Beim Verlassen der Bude mußte die Kommission ein Streichholz anzünden, um die Tür wieder zu finden. — Gewerbeinspektor hilf!

Ähnliche Fälle könnten noch mehrere angeführt werden. So hat zum Beispiel Herr Fink, Dennemitzstraße, seinen Arbeitern erklärt, als sie wegen der Heizung vorstellig wurden: „Wenn euch friert, so arbeitet euch nur warm!“

Bezeichnend ist es, daß die meisten Mißstände da vorhanden sind, wo die Organisation wenig oder gar nicht Fuß gefaßt hat. Die Kollegen leben dumpf und stumpf dahin; sie fühlen es gar nicht, wie viel an ihnen gesündigt wird, bis dann endlich ihre Gesundheit untergraben ist und sie einem frühzeitigen Siechtum zum Opfer fallen.

Die organisierten Kollegen dürfen in der Agitation nicht erlahmen; denn auch sie leiden mit unter diesen miserablen Zuständen. Der kommende Winter muß zu einer umfassenden Aufklärungsarbeit unter den Berliner Marmorarbeitern benutzt werden.

Aus dem Jahresbericht der Gewerbe-Aufsichtsbeamten und Bergbehörden in Elsass-Lothringen.

Es gleicht ein Jahrgang dem andern. So mager wie die Summe, die unser „parlament“ Landesparlament für die Gewerbeinspektion bewilligt, so unbedeutend ist auch der Bericht. In ganz Elsass-Lothringen wurden im Jahre 1908 einschließlich der Bergwerke und unterirdischen Steinbrüche von insgesamt 7803 bestehenden Gewerbebetrieben nur 2252 gewerbliche Anlagen revidiert.

Unter-Elsaß.

Von den Steinbrüchen und Steinhauereien, die nicht zu den Fabriken gleichgestellten Anlagen gehören, wurden von 191 Betrieben mit 365 Arbeitern 20 Betriebe mit 43 Arbeitern 22mal revidiert. Bei „Handhabung der gesetzlichen Bestimmungen“ heißt es, daß wiederholt 2 Revisitionen von Steinbrüchen der Mißstand hervorgerufen ist, daß die Arbeitsbücher nicht an der Betriebsstätte aufbewahrt werden, so daß deren Durchsicht unmöglich war.

In einem großen Steinbruch wurde ein schulpflichtiger Knabe abends 7 Uhr mit Steinkeulen beschäftigt angetroffen.

Der Betriebsleiter wußte nichts von dieser Beschäftigung. Der erkrankte Vater des Knaben hatte denselben mit der Fertigstellung seiner übernommenen Affordarbeit beauftragt. Der Knabe ist sofort entlassen worden. — Der Fluch der Armut!

Bei „Arbeitszeit“ heißt es: In den Steinbrüchen und Steinhauereien begegnet die Durchführung der durch § 9 der Bekanntmachung vom 20. März 1902 betr. die Einrichtung und den Betrieb von Steinbrüchen und Steinhauereien (M.-G.-Blatt S. 78) vorgeschriebene zehn- bzw. neunstündige Arbeitszeit immer noch Schwierigkeiten. Im Aufsichtsbereich Straßburg wurden in vier Betrieben die Arbeiter beim Bearbeiten von Sandstein 10, selbst 11 Stunden beschäftigt. Die Betriebsinhaber wurden deshalb ernstlich verwahrt. (!) Die Arbeiter fühlten sich dadurch benachteiligt, daß ihnen die Möglichkeit genommen sei, den durch die kurze Winterarbeitszeit entstehenden Lohnausfall durch Ueberarbeit im Sommer auszugleichen.

Lohnzahlung: In einem großen mit Schotterwerk verbundenen Steinbruch wurden entgegen den Vorschriften des § 115 a G.-D. die Arbeiter in der durch einen Wirt gepachteten Wirtschaft ausgetilgt. Auf das Ungelegliche dieser Art der Auszahlung aufmerksam gemacht, schaffte die Betriebsleitung sofort Abhilfe.

Betriebsunfälle: In einem Steinbruch erlitt ein in gebückter Stellung tätiger jugendlicher Arbeiter durch einen rollenden kleinen Stein eine Quetschung der Stirnhöhle, welche seinen Tod herbeiführte.

In einem Sandsteinbruch sind zwei Affordarbeiter durch herabfallende unterhöhlte Gesteinsmassen erschlagen worden. Auf Veranlassung des Arztes wurden die Inhaber des Bruches als verantwortliche Betriebsleiter der fahrlässigen Tötung angeklagt. Trotz der festgestellten groben Nichtbefolgung der Vorschriften des § 70 der Bezirkspolizeiverordnung vom 7. September 1879 über den Betrieb der Steinbrüche in Elsass-Lothringen (Anl. zum Amtsblatt für den Bezirk Unter-Elsaß Nr. 40) — die eingestürzte Wand war in einer Länge von 10 bis 12 Meter auf 2 bis 3 Meter Tiefe unterhöhlt worden —, ist das Verfahren nachher eingestellt worden, weil die Staatsanwaltschaft entgegen der Ansicht des Gewerbeaufsichtsbeamten annahm, daß die Angeklagten ihrer Pflicht Genüge geleistet hätten. — Eine recht sonderbare Ansicht!

Gesundheitschädliche Einflüsse: Die Revision der Steinbrüche und Steinhauereien ergab wiederholt Verletzungen gegen die Vorschriften der Bekanntmachung des Reichsanwalters vom 20. März 1902. Ohne Strafandrohung ist bei manchen Arbeitgebern nichts zu erreichen. Die Zuwiderhandlungen bestanden vorwiegend in der mangelhaften Beschaffenheit, auch im Fehlen der Unterkunftsräume und der Arbeitsbuden; der Aushang der Bekanntmachung unterbleibt oft; die Aborte befanden sich in mehreren Betrieben in unsanftem Zustand. In den Steinbrüchen des Aufsichtsbereichs Zabern wird zudem oft mit der Aufbewahrung des für den Tagesgebrauch notwendigen Sprengstoffes sehr leichtsinnig umgegangen. Nicht selten findet man Dynamit, Schwarzpulver, Sprengklapsen, Zündschnur und Werkzeug in demselben Verhältnis auf der Arbeitsstelle oder in unmittelbarer Nähe derselben oder in den Unterkunftsräumen vor. In drei Fällen mußte der Beamte gegen eine derartige Aufbewahrung einschreiten und in einem Falle wurde der Steinbruchbesitzer durch die untere Verwaltungsbehörde zur Errichtung eines vorchriftsmäßigen Lagers für das Pulver, welches er sonst in einem Gefäß neben dem geheizten Unterkunftsraum der Arbeiter aufbewahrt, veranlaßt.

Trotz der allgemeinen schlechten Geschäftslage ist ein Sinken der Löhne nicht beobachtet worden. Das Bestreben nach Erhöhung der Lohnsätze entspricht den anhaltend steigenden Preisen der Lebensmittel. Daß der Lebensunterhalt täglich teurer wird, das spüren die Arbeiter am meisten, aber daß die Löhne dementsprechend steigen, das trifft leider nicht zu. Im Gegenteil! Dem Herrn Gewerbe-Aufsichtsbeamten ist die letzte Statistik der Steinarbeiter Straßburgs zum Studium zu empfehlen.

Zum Schluß kommt die übliche Lobeshymne auf die Wohlfahrtsvereinigungen verschiedener edler Arbeitgeber. Aber Wohltat kann auch zur Plage werden — besonders wenn Arbeitgeber die Wohltäter sind.

Ober-Elsaß.

Von 64 Anlagen, Steinbrüchen und Steinhauereien, mit 125 Arbeitern, wurden 5 Anlagen mit 9 Arbeitern 5mal revidiert.

Bei „Statistisches“ heißt es: Den größten Anteil an der Abnahme (der Arbeiter) hat das Baugewerbe, in welchem sich die Zahl der erwachsenen Arbeiter um 1408 verringert hat.

Betriebsunfälle: Zu Anfang dieses Jahres ereignete sich in einem Steinbruch beim Sprengen ein schwerer Unfall, durch welchen der Unternehmer selbst und ein Arbeiter getötet wurden. Nach dem Erachten des Beamten liegt die Ursache dieses Unfalles in dem Leichtsinne, mit dem jede Gefahr des durch den Frost besonders gefährlichen Dynamits mißachtet wurde.

Lothringen.

Von 306 Anlagen, Steinbrüchen und Steinhauereien, mit 830 Arbeitern, wurden 88 Anlagen mit 221 Arbeitern 102mal revidiert.

Wegen Uebertretung des § 115 a G.-D. (Verbot der Lohnzahlung in Gast- und Schankwirtschaften) wurde ein Steinbruchunternehmer mit 5 Mark bestraft. Das ungeschickliche, den Arbeiter einseitig bindende und schädigende Verfahren, das Arbeitsverhältnis jederzeit lösen zu können, den vom entlassenen oder ausweisenden Arbeiter verdienten Lohn aber erst am nächsten Lohntag auszusahlen, kommt immer noch meistens bei Bauunternehmern vor. Auch im Berichtsjahre sind wieder mehrere derartige Klagen vorgebracht worden.

Recht sonderbar klingt es vom Lothringer Gewerbeaufsichtsbeamten, wenn er bei Streiks von Rädelsführern schreibt, und meint, daß die Arbeitgeber gegen Organisationen nicht mehr so abgeneigt sind wie früher, soweit sie nicht unmissverständlicher Natur sind. Wenn die alten Arbeitsordnungen nichts mehr taugen, der Lohn zu niedrig und die Arbeitszeit zu lange ist, dann müssen eben Abänderungen zur Besserung getroffen werden — und dies heißt man dann Umsturz. Hoffentlich wird der

Beamté kein Freund der sogenannten „unabhängigen“ Arbeitervereine sein, denn diese werden doch meistens gegründet im Interesse der Arbeitgeber.

Betriebsunfälle: Acht Todesfälle infolge Betriebsunfälle entfallen auf das Baugewerbe und 5 auf die Steinbruchsberufsgenossenschaft. Die Zunahme der leichteren Unfälle führt der Beamte auf die zunehmende angespannte Arbeitstätigkeit, auch auf den eigenen Reichtum und Unvorsichtigkeit der Arbeiter, sowie die vielen fremdsprachigen Arbeiter zurück.

Von ganz besonderem Einfluß auf die Zunahme der Unfälle ist seiner Meinung nach auch die wachsende Vertrautheit der Arbeiter mit den Unfallversicherungsgeetzen. Das heißt: Die verletzten Arbeiter verlangen ihre gesetzlichen Ansprüche, daher müssen auch alle Betriebsunfälle angezeigt werden.

Gesundheitschädliche Einflüsse. Ein Unternehmer gab an, daß ihm die im Afford beschäftigten Arbeiter (Italiener) megaläuen würden, wenn er in seinen Kalksteinbrüchen nur 10 Stunden arbeiten lassen wollte. 6 Steinbruchsbesitzer wurden wegen vorgekommener Verstöße mit Geldstrafen von 6-43 Mark belegt. Bemerkenswert ist, daß die Arbeiter in den Sandsteinbrüchen sich immer mehr weigern, das so äußerst gesundheitschädliche Schrotten durch Handarbeit auszuführen. Diese Arbeit besteht darin, daß der Steinblock zunächst in vertikaler Richtung von der Wand des Steinbruchs abgetrennt und alsdann durch eingetriebene Keile gehoben wird. Das Abtrennen des Steinblocks geschieht durch das Ausschrotten von schmalen, höchstens 40 Zentimeter weiten Rillen, welche, je nach der Stärke des zu gewinnenden Steines, im Kreise Saarburg bis zu 5 Meter Tiefe erreichen können. Das Ausschrotten der Rillen (Schrotten) in dem harten Gestein und in dem engen Raum ist nicht allein mit erheblichen Körperanstrengungen verbunden, sondern beeinflusst die Gesundheit der Arbeiter besonders dadurch, daß diese gezwungen sind, den stark entwickelten feinen trockenen Staub während der ganzen Arbeit einzatmen. Die Befuchtung der Steine nützt nichts und würde erst recht gesundheitschädlich wirken. Es ist die weitaus gesundheitsgefährlichste der im Bezirk vorkommenden gewerblichen Arbeiten, deren Einwirkungen die Arbeiter nur kurze Zeit widerstehen. In allen den Fällen, wo das Ausschrotten eine größere Tiefe als 1 Meter erreicht, müßte die Handarbeit verboten werden, da sie durch die vorzüglich arbeitende Schrot- oder Schrägmaschine ersetzt werden kann. Die Einführung dieser Maschine kommt in den betreffenden lothringischen Betrieben immer mehr zur Anwendung.

Bei: Wirtschaftliche und sittliche Zustände der Arbeiterbevölkerung usw. bemerkt der Beamte u. a.: Die Bauwirtschaft hat sehr nachgelassen. Ferner: Ungeachtet dessen, daß die Lohnsätze an und für sich dieselben geblieben sind, ist der Verdienst in der Arbeiterbevölkerung dennoch wesentlich herabgesunken worden durch die geringe Arbeitsgelegenheit, die Verkürzung der täglichen Arbeitszeit, die Einlegung von Feiertagen und die Verwendung zu weniger lohnender Beschäftigung. Es ist dies um so schlimmer, als diesmal der wirtschaftliche Niedergang mit der verteuerten Lebenshaltung zusammenfällt. Ein häufig entlohnter Arbeiter hat schon in normalen Zeiten schwer zu kämpfen, um seinen und seiner Familie Lebensunterhalt zu bestreiten; es wird ihm dies um so schwerer und auch unmöglich, wenn sein Einkommen verringert wird. (Wenn so etwas ein kaiserlicher deutscher Beamter behauptet, dann muß es doch gewiß wahr sein.)

Unterirdische Steinbrüche.

Beschäftigt 255 Mann. Bergrevier Elsaß 45; Diefenhofen (Lothringen) 34 und Saargemünd (Lothringen) 176. Von den 28 Werken wurden 25 mit 231 Arbeitern 40mal revidiert. Es werden nur erwachsene männliche Arbeiter beschäftigt. Im Revier Elsaß ist der Schichtlohn von 2.45 (1907) auf 2.65 Mark gestiegen. Auf einen Arbeiter kommen 248 versahrene Schichten. 248 x 2.65 Mark = 656.80 Mark. Interessant ist die Anführung des Bergbeamten: Von der Gesamtzahl der in den bergbäulichen Betrieben des Elsaß beschäftigten Arbeiter haben 45 oder 6 Prozent eine Lohnsteigerung von 9 Prozent, 231 oder 90 Prozent keine Lohnveränderung und 587 oder 64 Prozent eine Lohnverminderung von 1,8 bis 18 Prozent erfahren.

Bergrevier Diefenhofen.

Der Schichtlohn (10 Stunden) beträgt in den Steinbrüchen 4.20 Mark (1907 3.80 Mark). Aber trotzdem ist der Jahresverdienst von 998.50 Mark (1907) auf 901.58 Mark gesunken. Ursache: Mangel an Beschäftigung. In allen bergbäulichen Betrieben sind die Unfälle von 675 (1907) auf 781 gestiegen; darunter 28 tödlich Verunglückte. Durch Stein- und Ersfall 18; durch Schieferarbeit 4; bei der Förderung 5; auf sonstige Weise 1. Wieviele in den Steinbrüchen gerungelt sind, ist nicht festzustellen. Der Beamte ist der Ansicht, daß der deutsche Minettebergbau eine größere Belastung zur Verhütung von Unfällen nicht ertragen kann wegen dem augenblicklichen Wettbewerb der reichereren französischen Minette. Also wegen der Konkurrenz müssen dem Moloch Kapital möglichst viel Menschen geopfert werden. Bei Wohlfahrtseinrichtungen lobt der Beamte den Fortschritt im Bauen von Arbeiterwohnungen seitens der Werkbesitzer! Sm! Sm!!

Bergrevier Saargemünd.

Die Schichtlöhne sind bei den unterirdischen Steinbrucharbeitern von 3.92 Mark (1907) auf 4.28 Mark gestiegen — nach Angabe der Werkbesitzer!

Nach Tabelle II waren in Lothringen in 145 Steinbrüchen und Steinhauerereien, die den Fabriken gleichgestellte Anlagen (Betriebe unter bergbehördlicher Aufsicht nicht einbezogen) sind, 2302 erwachsene männliche Arbeiter und 88 Arbeiter von 14-16 Jahren beschäftigt. Revidiert wurden davon 96 Anlagen mit 1916 Arbeitern. Wie oft revidiert wurde und wieviel Verstöße gefunden wurden, kann nicht genau festgestellt werden, weil auf den anderen Tabellen es heißt: „Industrie der Steine und Erden.“ Verlängerte Arbeitszeit wurde nicht bemerkt. — Da auf Tabelle II nur Betriebe für Lothringen angegeben, so müssen demnach im Ober- und Unter-Elsaß keine Betriebe vorhanden sein, die den Fabrikbetrieben gleichgestellt sind. Und doch haben wir in Straßburg allein 4 Betriebe mit Sägerei. Auch in den Steinbrüchen befinden sich welche.

Beschäftigt wären demnach in Elsaß-Lothringen in Steinbrüchen und Steinhauerereien 3710 Arbeiter. In den unterirdischen Steinbrüchen 255. Summa 3965 Arbeiter. Und die größte Zahl davon ist noch nicht im Steinarbeiterverband. Wahrscheinlich, es ist noch viel Agitationsarbeit in Elsaß-Lothringen zu verrichten, um die uns fernstehenden Kollegen endlich dahin zu bringen, wohin sie gehören. Nicht allein in ihrem Interesse, sondern auch im Interesse der Kollegen, die unter der Konkurrenz der Steinbrüche zu leiden haben. Vielleicht gelingt es einmal, einen Normaltarif für ganz Elsaß-Lothringen einzuführen.

J. K.

Wirtschaftliche Rundschau.

Die Preistreiberien am Getreidemarkt. — Die Welternie und Deutschlands Brotgetreideernie. — Der Rückgang der Getreidepreise.

Auf dem Getreidemarkt hat man sich allmählich von der sehr auskömmlichen Welternie 1909 überzeugt. Blickt man zurück auf die Hauffebewegung im laufenden Jahre, die hauptsächlich mit den als ungünstig bezeichneten Ernteerwartungen begründet wurde, so wundert man sich einmal wieder, wie es den an der Hauffebewegung interessierten Kreisen möglich war, auf bloße Besichtigungen hin die Marktstimmung so zu beeinflussen, daß die Preissteigerungen auch von den Käufern fast als selbstver-

ständlich hingenommen wurden. In Zeitungen, die zweifellos das Interesse der Konsumenten wahrzunehmen gewillt sind, wurden unter dem Eindruck der Preistreiberien am Getreidemarkt Schilderungen der trübsten Postlage im Hinblick auf den Winter 1909/10 entworfen und dadurch erst recht die Gemüter der Hauffers unterstügt. Ruhige und sachliche Hinweise auf die Marktsverhältnisse wurden entweder nicht beachtet oder gar als irreführend bezeichnet. Als Autoritäten für die Beurteilung des Getreidemarktes kamen nur die Interessenten zum Wort. Nachdem nunmehr durch die Ergebnisse der neuen Ernte die Situation geklärt ist, will es außer einer Handvoll Hauffers, auf die alle Schuld abgewälzt werden soll, niemand mehr sein, der diese Hauffebewegung unterstügt, begünstigt, ja geradezu erst ermöglicht hat. Aber diese Hauffers können nur mit Erfolg arbeiten, wenn sie die Marktstimmung für sich haben. Und diese Stimmung schafft die Presse. Wäre in ihre eine weniger pessimistische Auffassung über die Weltversorgung mit Getreide zum Ausdruck gekommen, so hätten die Preistreiberien wahrscheinlich nicht den hohen Grad zum Nachteil unsres deutschen Wirtschaftslebens annehmen können.

Ueber die Welternie 1909 liegen freilich zunächst auch erst Schätzungen vor, auf Grund deren man sich seine Meinung über die Getreideversorgung im Erntejahr 1909/10 bilden muß. Die sorgfältigste, aber erst vorläufige Schätzung, die schon vorliegt, stammt vom ungarischen Ackerbauministerium. Ungarn ist ein Getreideausfuhrland, und es wird daher bei seinen Schätzungen nicht ohne Not Annahmen machen, die ein größeres Sinken des Preisniveaus, als es durch den wirklichen Ernteausfall bedingt ist, veranlassen könnten. Die Schätzung des ungarischen Ackerbauministers ist also in der Regel eher zu niedrig als zu hoch. Die Schätzung der Welternie 1909 im Vergleich zur definitiven Schätzung der Ernte des Jahres 1908 lautet in Millionen Doppelzentnern wie folgt:

	1908	1909
Weizen	867,95	939,32
Roggen	432,08	447,25
Gerste	326,54	370,40
Hafers	563,66	651,75
Mais	976,11	1039,66

Man sieht: der Ertrag jeder Getreideart wird für 1909 wesentlich höher veranschlagt als für 1908. Der Bericht des ungarischen Ackerbauministers weist vor allem auf die starke Zunahme der Anbauflächen im laufenden Jahre als eine besonders merkwürdige Erscheinung hin. Die überseeischen Staaten vor allem legen fortwährend Gewicht auf die Entwicklung des Getreidebaues. In Kanada nahm das Weizen-, Hafers- und Gersteanbau angeblich um mehr als 1 Million Hektar zu, während in den Vereinigten Staaten die Anbaufläche allein für Mais eine Vermehrung um 3 Millionen Hektar erfuhr. In Russland wird die Zunahme für den Anbau von Weizen und Roggen gleichfalls auf mehr als 1 Million Hektar angesetzt, in Ostindien auf 1,2 Millionen und in Argentinien auf 850 000 bis 900 000 Hektar. In Argentinien wird der Hafersbau mit besonderem Nachdruck betrieben. Auch in andern größeren und kleineren überseeischen Ländern nahm die Anbaufläche für Weizen, Gerste, Hafers und Mais um einige hunderttausend Hektar zu.

In der ungarischen Schätzung der Welternie ist der Ertrag von Deutschlands Ernte für Brotgetreide erheblich niedriger angegeben als für das Vorjahr. In Wirklichkeit dürfte auch ein kleineres Resultat erzielt sein, aber daß Weizen und Roggen zusammen nur 134 bis 140 Millionen Doppelzentner ergeben sollen, ist auch nicht anzunehmen. Unter Berücksichtigung der eben erst für 1909 veröffentlichten Anbauflächen kann man vielmehr auf Grund der Saatenstandsnoten für August den wahrscheinlichen Mindestertrag der deutschen Ernte in Millionen Doppelzentnern wie folgt veranschlagen:

Winterweizen	30,94
Sommerweizen	5,48
Spelz	4,49
Winterroggen	101,55
Sommerroggen	1,47

Das sind zusammen 143,93 Millionen Doppelzentner. Die auf Grund des Saatenstandsberichts des Deutschen Landwirtschaftsrates gewonnene Schätzung, die für Brotgetreide nur auf einen Ertrag von 136,87 Millionen Doppelzentner kommt, ist gleichfalls zu niedrig. Man kann nicht frühzeitig genug gegen die offensichtlich zu niedrigen Schätzungen Front machen. Die amtliche Erntestatistik für 1909 wird nämlich erst im Dezember bekannt. Die Preisbildung für Getreide wird aber schon heute durch die Vorstellung der neuen Ernte beeinflusst. Es ist daher nicht gleichgültig, welche Annahmen sich gleich zu Beginn des Erntejahres in den Kreisen des Getreidehandels über den Ertrag der diesjährigen Ernte festsetzen.

Der Rückgang der Preise auf dem Getreidemarkt setzte Anfang des vorigen Monats ein und ist bei Weizen relativ schon stärker als bei Roggen. Es notierte nämlich an der Berliner Produktenbörse die Tonne im September lieferbar in Mark:

	Weizen	Roggen
am 4. August	229.—	185.25
" 11. "	218.25	176.25
" 18. "	218.50	176.—
" 25. "	210.50	172.25
" 4. September	210.25	170.75

Für Roggen beträgt die Ermäßigung in der Zeit vom 4. August bis 4. September 7,8, für Weizen 8,2 Prozent. Der Rückgang dürfte voraussichtlich noch einige Zeit anhalten. Jedenfalls ist durch die Entwicklung der diesjährigen Ernte die Gefahr einer weiteren Mehl- und Brotpreissteigerung abgewehrt.

Wer hat aber nun den Schaden aus der ungewöhnlichen Preisstauung während des laufenden Jahres zu tragen? Nur ein Teil der Wertuerung kann auf den Konsum abgewälzt werden. In der Hauptsache sind es Händler, Müller, teilweise auch Bäcker, die schwer geschädigt werden können, wenn es ihnen nicht gelang oder gelingt, das Risiko, das sie aus den Abschlüssen zu den hohen Preisen zu laufen haben und hatten, durch spekulative Operationen zu verringern.

Berlin, 5. September 1909. Rich. Calwer.

Der so schnell beendete Streik in Balduinstein a. d. Lahn.

Seit einiger Zeit sind die Marmorarbeiter der Firma Krebs in Balduinstein dem Verbandsverband beigetreten. Im Herbst des verfloffenen Jahres erfolgte eine Reduzierung sämtlicher Afford- und Tagelohnpreise um 10 Prozent. Als Grund war seitens der Firma die schlechte Geschäftslage angegeben. Im Juli dieses Jahres richtete Gauleiter Herrmann im Auftrage der organisierten Kollegen ein Schreiben an die Firma Krebs, worin um Zulage der 10 Prozent ersucht wurde. Von der Firma wurde geantwortet, daß dies nicht möglich sei, auch wollte die Firma nur mit ihren Arbeitern verhandeln, und nicht mit dem Vertreter des Verbandes.

Eine weitere Stellungnahme der Kollegen zu dem Antwortschreiben wurde vorläufig zurückgestellt, bis die Verhältnisse günstiger seien. Schon seit einiger Zeit hatten besonders die Schleifer darüber zu klagen, daß die Affordpreise sehr niedrig waren, ihren Forderungen im Erhöhung derselben wurde nicht stattgegeben; mit kurzen Worten wurde von den Angestellten den Arbeitern erklärt: „Wem es nicht paßt, der kann gehen.“ Diese Behandlung selbst alten Arbeitern gegenüber, die schon jahrelang in dem Betriebe tätig sind, brachte große Erbitterung.

In ernstlichen Differenzen kam es Ende August, es sollten sogenannte Füllungsplatten gemacht werden. Der Affordpreis war so niedrig, daß dieselben nicht zu machen waren, bei allem Fleiß hätten die Kollegen noch keine 3 Mk. pro Tag verdient. Als die wiederholten Verhandlungen ergebnislos verliefen, legten am 1. September alle Marmorarbeiter die Arbeit nieder. Von den Kollegen wurde der Gauleiter über die erfolgte Arbeitsniederlegung benachrichtigt, am Sonnabend, den 4. Septbr., erschien derselbe. Mit einer Kommission suchte derselbe mit dem Firmeninhaber Herrn Krebs zu unterhandeln. Dies lehnte jedoch Krebs ab. Er ließ mitteilen, er wolle nur mit den Arbeitern verhandeln; die Unterredung mit den Arbeitern war aber ohne Resultat. Es wurde bedingungslos Wiederaufnahme der Arbeit verlangt, da nun erst ließe sich noch über die weiteren Fragen verhandeln.

Nachdem die Kommission Bericht erstattet hatte, wurde nach eingehender Beratung beschlossen, im Streik weiter zu verbleiben.

Am 5. September fand eine allgemeine Betriebsversammlung statt, in der Herrmann referierte. Zunächst gab er den Kollegen noch einen kurzen Rückblick über die Ursachen des Streiks, sowie über das Ergebnis der Verhandlungen. Der Gauleiter sprach sich zum Schluß dahin aus, daß es kein andres Mittel gäbe, als daß die Kollegen geschlossen den Streik weiterführen. (Lebhafte Beifall.) In der lebhaften Diskussion waren alle Redner für die Weiterführung des Streiks. Auf eine Anfrage, ob auch die Hauer in dem Betriebe die Arbeit niederlegen sollten, erwiderte Gauleiter Herrmann, daß dies vorläufig nicht geschehen sollte. Wie noch weiter mitgeteilt wurde, hatte die Firma in der Schleiferwerkstätte durch Aufschlag beauftragt lassen, wer am Montag vormittag nicht zur Arbeit kommt — der ist entlassen; aber auch dieser Schreckschuß blieb ohne Wirkung. Von den Kollegen wurde noch gewünscht, der Gauleiter möge mit der Gewerbeinspektion in Limburg an der Lahn in Verbindung treten, damit diese eine Vermittlung anbahne.

Am 6. September nahm der Gauleiter mit dem Herrn Gewerbeamt Meisen in Limburg über eine eventuelle Vermittlung Rücksprache. Derselbe erklärte sich sofort dazu bereit. Bereits am nächsten Tage war eine Verhandlung mit Herrn Krebs. Das Ergebnis war folgendes:

1. Für die Steinhauer soll der alte Tarif am 1. Oktober d. J. wieder eingeführt werden.
2. Für die Steinschleifer soll der bisher bestandene Tarif, der allerdings nur im Bureau des Herrn G. Krebs behufs Abrechnung vorhanden war, in der Fabrik ausgehängt werden.
3. Arbeiten, die im Tarif nicht enthalten sind, sollen bei Uebergabe der Arbeit auf dem Auftragszettel oder mündlich vereinbart werden.
4. Die Steinschleifer sollen, soweit Arbeit und Platz vorhanden ist, ohne Nachteil wieder eingestellt werden.

Den Kollegen wurde das Vorgenannte mitgeteilt, es wurde aber beschlossen, daß der Gauleiter mit Herrn Krebs nochmals Rücksprache nehmen sollte.

Bei der Aussprache zeigte es sich, daß Herr Krebs der Meinung war, es sollte die Berechnung nach dem reduzierten Tarif von 10 Prozent in Zukunft stattfinden. Die Kommission erklärte einmütig, daß dies nicht der Fall sein sollte. Nach längeren Verhandlungen erklärte sich der Firmeninhaber bereit, genau wie bei den Hauern, am 1. Oktober den alten Tarif einzuführen.

Auch über die Bezahlung der einzelnen Marmorarten wurde eine Einigung erzielt. Von einzelnen Angestellten wurden bei verschiedenen Positionen ohne Wissen des Herrn Krebs Reduzierungen vorgenommen. Des weiteren teilte der Gauleiter Herrn Krebs mit, daß in den Betrieben Rheinland-Westfalens für die bunten, schwer zu bearbeitenden Marmorarten höhere Preise bezahlt würden als bei seiner Firma. Dies gab Kr. zu, bemerkte aber, daß die Schleifer und Hauer in seinem Betriebe eine weit bessere Routine in dem Material hätten, als wie anderswo. Auch habe er mit großen Frachtpreisen usw. zu rechnen. Von der Kommission wurde noch Herrn Krebs der Wunsch unterbreitet, daß die Behandlungs- und Ausdrucksweise von den Polieren eine bessere würde als bisher; bereitwillig wurde dies zugesagt. Nach einstündiger Verhandlung waren die Differenzen beendet.

In der am Abend stattgefundenen Versammlung wurde Bericht gegeben. Einmütig wurde beschlossen, den Streik für beendet zu erklären und die Arbeit geschlossen am Mittwoch, den 8. September, wieder aufzunehmen. Bei seinen Schlußausführungen gab der Gauleiter dem Wunsch Ausdruck, daß dies der erste und letzte Streik bei der Firma Krebs gewesen sein möge, er habe bei den Verhandlungen mit dem Firmeninhaber den Eindruck gewonnen, daß bei späteren etwaigen Differenzen sich vielleicht auf gutlichem Wege eine Einigung erzielen lassen werde. Mit der ernststen Mahnung an die Kollegen, am weiteren Ausbau des Verbandes zu wirken, schloß er seine Ausführungen. Vielleicht werden nun die andern noch unorganisierten Kollegen im Lahntal halb den Weg zum Verbands, zur Verbefferung ihrer Existenz finden.

Abschrift. Sämtliche Kollegen wurden wieder eingestellt.

Ein Organisationsjubiläum im Schwarzwald.

Am Sonntag, den 19. September, feiert die Zahlstelle Kappelroed vom Zentralverband der Steinarbeiter das Fest ihres zehnjährigen Bestehens.

Inmitten einer wunderbar romantischen Natur entfaltet sich im mittleren badiſchen Schwarzwald eine äußerst rege Granitindustrie mit dem Zentrum in Kappelroed. Zur Verarbeitung gelangt vornehmlich ein sehr zähes und dauerhaftes Material. Trotz der Ausdehnung der Industrie ist die Betriebsweise mit wenigen Ausnahmen eine recht primitive, wie sie nur noch vereinzelt in andern Gegenden anzutreffen ist. Größere Betriebe sind in diesem Gebiet eigentlich nur 2-3 zu verzeichnen. Vorherrschend ist die Verarbeitung der massenhaft vorhandenen Findlinge, die weit verstreut herumliegen, teils tief im Wald, teils hoch oben auf den Höhen. Welcher Art unter diesen Umständen die Betriebs- und Arbeitsverhältnisse sind, läßt sich schwer erraten. Wiederholt haben wir an dieser Stelle schon daran berechtigte Kritik üben müssen und mancher Kollege hat die Freuden und Leiden dieses „Gewerbes im U m h e r z i e h e n“ getroffen.

Schon frühzeitig sind die Steinhauer daher bestrebt gewesen, geordnete Betriebsverhältnisse und einheitlich geregelte Löhne zu schaffen. Es sind jetzt gerade zehn Jahre her, daß dort erstmalig die Organisation Fuß faßte. Unter mancherlei Schwankungen hat sich die Organisation in den letzten Jahren zu einem festen Bollwerk ausgebaut. Zahlreiche kleinere und größere Kämpfe sind während dieser Zeit geführt worden, ehe es gelang, tariflich geregelte Lohnverhältnisse zu schaffen. Es sei besonders an den sechsmonatigen Streik im Jahre 1905 und an den Kampf der Pflastersteinhauer der Seebacher Granitwerke 1907, der sechs Wochen währte, erinnert. Für die Steinhauer besteht seit Juli 1908 ein Tarifvertrag, der Giltigkeit hat für die Bezirksamter Bühl, Algers und Oberkirch. Für die Pflastersteinarbeiter wurde im Februar 1907 mit der Firma Burger in Furschenbach ein Vertrag abgeschlossen und im Juni desselben Jahres mit den Seebacher Granitwerken. Mag auch die Lohnregelung noch sehr mangelhaft sein, besonders

In der Denkmalbranche, so bedeutet doch der jetzige Zustand einen wesentlichen Fortschritt gegenüber der früheren Willkür und Vertriebenheit bei den einzelnen Unternehmern. Mit den verschiedenen Verträgen ist eine Grundlage geschaffen worden, auf der zukünftig weiter gebaut werden kann und muß.

Unzulänglicher als die Regelung der Wohnverhältnisse ist die Gestaltung der Betriebsverhältnisse geblieben, trotz siebenjährigen Bestehens der Bundesratsverordnung. Fern ab von der großen Verkehrsstraße und schwer zugänglich dem Auge und Arm des Gesetzes, haben sich Zustände in den meisten Betrieben erhalten, die alles andere, nur nicht gefällig sind. Manchen Vorstoßes wird es noch bedürfen, bis den gesetzlichen Bestimmungen nur annähernd Rechnung getragen ist.

Ungewöhnlich wie die Betriebsweise und die sonstigen Umstände sind auch die Verhältnisse unter der Arbeiterschaft. Einheimische, das heißt im Gebiet beheimatete Arbeiter, sind nur in geringer Anzahl vorhanden. Am höchsten ist der Prozentsatz Einheimischer noch in der Pflastersteinbranche. Der überwiegende Teil sind Zugezogene, in der Hauptsache Bayern und Italiener. Die sprachlichen Verschiedenheiten sind nicht ohne Einfluß auf die Organisationsverhältnisse geblieben. Die dadurch hervorgerufenen Schwierigkeiten in der gegenseitigen Verständigung und dem gemeinsamen Vorgehen führten bald zu einer Trennung der beiden Sprachgruppen in zwei selbständige Zahlstellen. Man nun unbefritten bleiben, daß im Entwicklungsstadium der Organisation diese Trennung vorteilhaft war, besonders für die italienischen Kollegen, so unterliegt es andererseits keinem Zweifel, daß dadurch schwere Nachteile hervorgerufen werden mußten. Neben der sich bildenden italienischen Zahlstelle in Detttenhöfen entstanden noch weitere in Oberkirch und später in Bühlertal. Die beschlossene Gründung im Murgtal mußte im letzten Augenblick aufgegeben werden. Oberkirch und Bühlertal gaben bald ihre Selbständigkeit auf und schlossen sich deren Mitglieder je nach der Rationalität den Zahlstellen Kappelrodeck oder Ottenhöfen an.

Es ist nicht besonders verwunderlich, daß unter dieser Abgeschlossenheit eine steigende gegenseitige Entfremdung Platz greifen mußte, die nicht im Interesse der Organisation lag. Verschlimmert wurde dieser Zustand durch einen schweren taktischen Fehler, der erst von der deutschen und dann von der italienischen Zahlstelle gemacht wurde. Wie überall, so gibt es auch im Schwarzwald Kollegen, die mit den leitenden Personen oder deren Tätigkeit nicht einverstanden waren. Um sich einen besseren Resonanzboden zu verschaffen, wählten diese Opponenten den nicht ganz gewöhnlichen Weg des Uebertritts in die andre Zahlstelle, wodurch das gegenseitige Verhältnis zeitweise ein äußerst gespanntes wurde. War die rein sprachliche Scheidung einmal durchbrochen, so mußten sich im Laufe der Entwicklung die beiden Zahlstellen zu zwei direkt feindseligen Lagern gestalten, in der die Scheidung nicht mehr in der Verschiedenheit der Sprache begründet war, sondern in den Personen der jeweiligen Leitung.

Daneben hatten sich auch auf verwaltungstechnischem Gebiet Zustände entwickelt, die sich immer drückender fühlbar machten. Deutsche und Italiener waren in der gleichen Branche und bei den gleichen Unternehmern beschäftigt, gehörten aber zwei verschiedenen Zahlstellen an. In den einzelnen Orten und Betrieben waren je zwei Platzkassierer vorhanden. Die Zahlstellenleitungen mußten sich um die einzelnen abgelegenen Orte und Betriebe von Zeit zu Zeit bestimmen und Versammlungen abhalten, wodurch nicht unerhebliche Verwaltungsausgaben entstanden, die doppelt so hoch waren als unter normalen Verhältnissen.

Bedenklicher noch war die Schwierigkeit auf taktischem Gebiet. Jede Zahlstelle nahm unabhängig von der andern Stellung zu den verschiedenen auftauchenden Fragen. Nur in besonders schwierigen und bedeutungsvollen Fällen mußte, der Not gehorchend, widerstrebend, eine Verständigung gesucht werden.

Es ist klar, daß seitens des Zentralvorstandes und der Gauleitung Schritte getan werden mußten, um der heftigsten Entwicklung Einhalt zu gebieten; eine Verschmelzung der Zahlstellen und eine Versöhnung der gereizten Geister herbeizuführen. Als stärkster Widerstand gegen die Verschmelzung erwieß sich die Befürchtung, daß dadurch die Selbständigkeit der Zahlstellen aufgehoben wird und den Mitgliedern nur die Pflicht der Beitragszahlung verbleibt. (Wer denkt da nicht an die Einwendungen bei Einführung der Verbandsform und in neuerer Zeit gelegentlich der Verschmelzung anderer Zahlstellen.) Besonders bei den italienischen Kollegen erweckten Verschmelzungsbestrebungen starkes Mißtrauen. Sie befürchteten eine Majorisierung durch die deutschen. Da die Italiener bedeutend in der Mehrheit sind, ist diese Befürchtung gänzlich unbegründet. Andererseits ist wohl doch nicht anzunehmen, daß wenn auch eine italienischerfeindliche Mehrheit vorhanden gewesen wäre, diese offenkundig die Italiener benachteiligende Beschlüsse fassen könnte. Da hätten doch wohl Zentralvorstand und Gauleitung noch ein Wort mitzureden.

Der gesunde Sinn der Arbeiterschaft brach sich aber auch hier endlich Bahn. Immer mehr wurden es, die für die Verschmelzung eintraten, und immer lauter wurden die Stimmen, die diese forderten, so daß am 8. August eine gemeinsame Versammlung beider Zahlstellen einstimmig die Verschmelzung beschloß.

Es war auch die höchste Zeit. Die bevorstehenden Tarifabläufe im kommenden Jahre erfordern eine einheitliche starke Organisation, die nicht geschwächt wird durch innere Zerissenheit und nationale und sprachliche Gegensätze. Man nun die Zukunft beweisen, daß die Verschmelzung nicht nur eine notwendige Ueberbrückung bestehender Gegensätze bedeutet, sondern ein taugliches brüderliches Zusammenarbeiten aller zum gemeinsamen Wohl. Es wird Pflicht aller Kollegen und besonders der leitenden Personen sein, der neuen geeinten Zahlstelle den inneren Zusammenhalt zu geben, alles Scherfe und alles Trennende zu vermeiden und zu beweisen, daß die internationale Solidarität der Arbeiterschaft nicht nur ein leeres Schlagwort ist, sondern ein eherner Fels, an dem alle arbeiterschädigenden Bestrebungen zerschellen müssen.

Mit der Verschmelzung von Ottenhöfen und Kappelrodeck war aber die Einigung des Industriegebietes noch nicht vollendet. Am 6. September beschloß die Zahlstelle Neusaß, sich ebenfalls mit Kappelrodeck zu vereinen, so daß die dortige Organisation jetzt den gesamten mittleren Schwarzwald, mit Ausnahme von Seebach, umfaßt. Die beiden Sprachgruppen bilden je eine Sektion unter einheitlicher Leitung und Verwaltung, an der zu gleichen Teilen Deutsche und Italiener beteiligt sind, und die geregelt wird durch ein Ortsstatut. Die Versammlungen finden mit Rücksicht auf die Sprachenverhältnisse getrennt statt, gemeinsame Versammlungen nach Bedarf, mindestens aber vierteljährlich. Als weitere Sektionen schließen sich die umliegenden Orte an.

So kann nun die Zahlstelle Kappelrodeck das Fest ihres zehnjährigen Bestehens feiern im frohen Bewußtsein einer inneren Gesundheit und Stärkung, die noch manches weitere Jahrgehn überdauern wird. Dies sei unser aufrichtiger Jubiläumswunsch im Sinne unserer großen Vorkämpfer: „Proletarier aller Länder, vereinigt euch!“

Vom Leipziger Parteitag.

Am Sonntag fand die Eröffnung des Parteitages unter großem Andrang der Leipziger Arbeiter im Volkshaus statt. In den letzten Stunden vor der Eröffnung noch waren Hunderte von Händen tätig, um den neugebauten gewichtigen Saal gebrauchsfähig zu machen. Und die Leipziger können auf ihr Volks-

haus, auf ihren Saalneubau mit Recht stolz sein. Der Saal hat eine vorzügliche Akustik, die Galerien sind geräumig, die eisernen Träger sind mit harmonisch wirkendem Marmor verkleidet, der Gesamteindruck ist wohlthuend. Die Dekoration ist einfach, nur zwei alte Leipziger Arbeitervereinsfähnen (darunter befindet sich die alte Fahne der Steinarbeiter) unterbrechen die machtvoll geschwungenen Wandflächen des neuen Prachtbaues, in dem sich die Parteigenossen Leipzigs in engem Kreise um die Delegierten drängen. Am Kopfe des Mittelganges sitzt der Parteivorstand, der vollzählig ist. Nur Bebel, der mit Leipzigs Parteigesichte enger verwachsen ist als irgendein anderer von den Lebenden, soll erst in den nächsten Tagen eintreffen — noch hält ihn sein Leiden fern. Rechts vom Parteivorstand sitzen erst die Bayern, dann weiter die andern Süddeutschen. Wenige Minuten vor Parteitagsöffnung erscheint auch Bollmars ragende Gestalt. Links vom Parteivorstand sitzen die Berliner, Borgmann voran, dann Sachsen und andre Norddeutsche bunt durcheinander.

Auf der Saalgalerie gegenüber dem Podium haben die Sänger Platz gefunden, rechts und links bietet die dichte Schar der Genossen ein buntes Bild.

Lipinski begrüßt die Delegierten im Namen des Lokalkomitees und Singer eröffnet den Parteitag im Namen des Parteivorstandes. Beide schildern ausführlich Leipzigs Parteigeschichte und Leipzigs Bedeutung für die deutsche Sozialdemokratie.

Mit der Bestätigung der vom Parteivorstand vorgeschlagenen Tagesordnung erreichten die Arbeiten der Vorversammlung ihr Ende.

Die Delegierten waren zur Montagsfrühzeitung frühzeitig zur Stelle. Die Galerien füllten sich im Nu. Besonders viele Bürgerliche sind als Zuhörer erschienen, als „Nichtorganisierte“ müssen sie 2 Mark Eintritt bleihen. Die Presseleute sind ebenfalls im Handumdrehen besetzt, den Journalisten, ganz gleichgültig welche Parteirichtung sie vertreten, steht schwere Arbeit bevor. Raum hat Präsident Singer die Verhandlung eröffnet, so gibt er schon bekannt, daß der Parteivorstand den tapferen schwedischen Kämpfern zu der 1. Rate von 20 000 Mk., sowie weitere 30 000 Mark zur Unterstützung bewilligt hat. Stürmischer, nicht endender Beifall setzt bei dieser Mitteilung ein.

Die Berichterstattung über den Geschäftsbericht geht ohne Aufregung vor sich, interessant, aber äußerst sachlich war die Debatte. Hintereinander besteigen drei Doktoren die Kanzel: Liebknecht, Gradnauer und Frank. Sie sprechen zur Jugendorganisation. Ihre Vorschläge sind gut durchdacht, die Redner fanden für die bisher geleistete Arbeit nur Worte der Anerkennung, aber sie meinten mit Recht: in der Pädagogik müssen wir noch alle lernen. Dann kamen Redner mit wenig klingenden Namen. Auch sie äußerten sich zu den Jugendorganisationen in recht sachverständiger Weise. Die Sozialdemokratie hat schon in 100 Orten Jugendvereine gegründet; diese Leistung ist glänzend zu nennen. Einige Resolutionen, die den Ausbau dieser Organisationen fordern, wurden selbstredend angenommen.

Genosse Löbe-Breslau begründete in einer temperamentvollen Rede nachstehende Resolution:

„Die von der agrarisch-reaktionären Reichstagsmehrheit beschlossene Erhöhung der Branntweinsteuer bezweckt, einen großen Teil des durch die wahnsinnige Rüstungspolitik verursachten Einnahmebedarfs des Reiches den Schultern der Armen aufzuerlegen. Zugleich soll durch die Aufrechterhaltung der Kontingenzpolitik auch fernerhin dem Großgrundbesitz auf Kosten der Branntweintrinker ein jährlicher Extraprofit von über 50 Millionen Mark gesichert werden. Um dieser verbrecherischen Volksauswucherung zu begegnen und zugleich dem durch den Branntweingenuß verursachten und gefährdeten körperlichen und moralischen Elend weiter Volksschichten entgegenzuwirken, richtet der Parteitag an alle Parteigenossen und Arbeiter die Aufforderung, den Branntweingenuß zu verhindern. Die Parteiorganisationen und die Parteigenossen werden aufgefordert, diesen Beschluß in energigster Weise zur Durchföhrung zu bringen.“

Einstimmig wurde diese Resolution angenommen. Durch stürmischen Applaus wurde bekundet, daß die Sozialdemokratie in moralischer Beziehung auf die große Volksmasse eminenten Einfluß gewinnt. Das ist auch ein Stück praktischer Arbeit der Partei, wenn in Zukunft in den weitesten Volkskreisen gepredigt wird: Sauff der Fasel nicht mehr! — Den Schnapsjunkern und auch der Reichsregierung wird dieser Beschluß sehr unangenehm sein. Schon in einem Jahre wird sich zeigen, daß die regierungseitig angelegte Schnapssteuer nicht so viel einbringt als wie der Vorschlag besagt.

Dienstagssitzung. Die Galerien sind zum Brechen voll. Unter spannender Aufmerksamkeit gibt Ledebour den parlamentarischen Bericht. Während seiner Rede kommt auch Bebel an. Elastischen Schrittes eilt der 69-jährige durch den langen Saal. Stürmisches Händeklatschen setzt ein, wie eine Windbraut geht es durch den Saal: August sieht famos aus.

Die Debatte über den Parlamentsbericht bringt Bewegung in die Massen. Wir sagen Massen, denn im Saalbau sind mindestens 2500 Personen anwesend. Müller, der vierstörtige Hamburger Seemannsführer — wie ihn Auer nannte — spricht der sozialdemokratischen Fraktion die größte Anerkennung aus. Für die Seeleute seien nur unsere Genossen eingetreten. Der ehemalige Oberpostassistent, Genosse Wagner, hängt der Rede die Schelle um und bekräftigt, daß die Fraktion in der dritten Lesung eventuell — geneigt gewesen sei, für die Erbschaftsteuer und damit selbstredend auch für die übrigen 450 Millionen indirekter Steuern zu stimmen. Eigentlich eine müßige Frage.

Daß sie auf dem Parteitag zur Sprache gelangen würde, war vorauszuweisen, indem ja Hoch, Stadthagen und Emmel Internes aus der Fraktionsfrühzeitung bekanntgaben. Nach unserer Meinung ist eine solche Indiskretion ungehörig. — Aber die ganze Debatte wurde geradezu glänzend geführt, es fiel kein persönlich verlegendes Wort. Je länger die Debatte währte, desto größer wurde die allgemeine Spannung. Die hervorragenden Redner marschierten auf, alle sprachen mit Schneid und großem Geschick. Es drehte sich alles darum: „Wie können wir am wirksamsten die Interessen der arbeitenden Klasse vertreten?“ Nota bene, der Fraktion wurde ein allgemeines Lob, daß sie sehr fleißig gewesen sei. Fürwahr, unsere Vertreter haben sich im Wallotbau nicht auf die Varenhaut gelegt. — Doch stützieren wir noch kurz die Debatte. Dr. Südelum spricht in gemessener, aber scharf pointierter Weise, warum sie (die Abgeordneten) auch in dritter Lesung der Erbschaftsteuer hätten zustimmen müssen. Nun, kamen die Genossen Hoch, Löbe, David, Geyer, Maurer, Dickmann, Peitotes, Emmel, Frank, Wollenbuhr, Schmidt (Berlin), Singer, Ulrich und endlich Albert an die Reihe. Die Redezeit betrug bloß 10 Minuten, es heißt also für die Debatter, den Stoff gut zu gruppieren.

Solche Auseinandersetzungen muß man selbst hören, sie machten einen gewaltigen Eindruck. Man kann mit berechtigtem Stolz sagen: keine andre Partei kann solche Streiter ins Feld senden wie die Sozialdemokratie. Die sozialistischen Massen sind außerordentlich politisch geschult, ihre Parlamentsvertreter den schwierigsten Situationen gewachsen. Auseinandersetzungen über diese oder jene Frage sind unvermeidlich bei einer Dreimillionenpartei.

Mittwochssitzung. Der Abg. Fischer-Berlin spricht in recht drastischer Weise zur Finanzreform. Auch er ist der Meinung, wir hätten in dritter Lesung die Erbschaftsteuer annehmen müssen. Es ist ein Genuß, diesen Redner anhören zu können.

Hoch-Hanau meint, die jetzt beschlossene Finanzreform würde bald durch neue Steuern ergänzt werden müssen. Seine Auslassungen finden aber nicht den nötigen Resonanzboden.

Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.

Bei Durchsicht der eingesandten statistischen Fragebogen muß leider konstatiert werden, daß noch zirka die Hälfte der Zahlstellen mit ihren Fragebogen ausstehen. Der Vorstand ersucht dringend um Ueberweisung des Materials und verweist hierbei auf die Konsequenzen. In einer späteren Nummer des Steinarbeiter werden die betreffenden Zahlstellen veröffentlicht.

Der Steinarbeiterfrühzeitung dieser Woche liegen die Abrechnungsformulare für das 3. Quartal bei. Soweit die Kassierer nicht Empfänger des Fachorgans sind, wollen sie sich das Formular auszuhändigen lassen.

Der Steinmetz Heinrich Hansmann (Verbands-Nr. 14364) ist auf Grund des Statuts, § 3 Abs. 5b, in Lutter am Berg aus dem Verband ausgeschlossen.

Ausgeschlossen ist auf Grund des Statuts, § 3 Abs. 5b, der Steinarbeiter August Zankanari in Verbach (Verbandsnummer 14248).

Korrespondenzen.

Berlin. Der große Saal des Gewerkschaftshauses reichte am Dienstag nicht aus, um die Massen zu fassen, welche herbeigeströmt waren, um aus dem Munde des schwedischen Genossen Branting einen Situationsbericht über den heroischen Klassenkampf seiner Landsleute entgegenzunehmen. In deutscher Sprache entledigte sich der Referent seiner Aufgabe. Ein großer Teil seiner Rede waren Dankesbekundungen ob der opferwilligen Unterstützungen des Auslandes gewidmet, ohne welche dieser Riesenkampf nicht geführt werden konnte und ohne deren eifrigste Fortsetzung derselbe auch nicht zu einem guten Ende geführt werden kann, trotz der opferbereiten schwedischen Kämpfer selber, welche die ersten Wochen ohne jegliche Unterstützung ihren Mann gestanden haben. Im weiteren schilderte der Redner die bekannnten Ursachen des Kampfes und seine Folgeerscheinungen. Während dem Unternehmertum alle Machtmittel des Staates und der Kommunen zur Verfügung stehen, ist die Arbeiterschaft auf sich allein angewiesen. Mit der völlig aus der Luft gegriffenen Motivierung, der gegenwärtige Kampf der Arbeiter richte sich gegen die ganze bürgerliche Gesellschaft, hat sich alles gegen die Arbeiterschaft verschworen, gegen die Arbeiterschaft, welche von der Notwehr Gebrauch zu machen gezwungen ist, um sich ihr Koalitionsrecht zu erhalten. Die Bourgeoisie, welche sich nicht genug entrichten konnte über die Führer des Streiks, welche durch ihre Taktik Tausende von Familien brotlos gemacht hätten, dieselbe Bourgeoisie fand es ganz in der Ordnung, daß die Unternehmer vor Ausbruch des Kampfes die Arbeiterschaft ganzer Berufe aufs Straßenpflaster warf. Und die schwedische Regierung, deren oberster Vertreter zurzeit dem edlen Waidwerke obliegt, kümmert sich den Teufel um das Wohlergehen ihrer Staatsbürger (zu denen ja wohl die Arbeiter auch noch gehören). Trotsallem, trotz aller Provokationen bewahrte das kämpfende Proletariat eine eiserne Ruhe, und bot so dem ihren heldenmütigen Kampf bewundernden internationalen Proletariat der ganzen Welt ein Muster gewerkschaftlicher Disziplin. Neuerdings richtet sich der Kampf nur noch gegen die Berufsschwerer derselben, während zirka 100 000 Arbeiter auf Anraten der Streikleiter die Arbeit wiederaufgenommen haben, um an Stelle ihrer bisherigen aktiven Betätigung nunmehr die Herbeischaffung von Munition zu setzen, vermöge ihrer Arbeit Mittel aufzubringen zur Unterstützung der 180 000 im Kampf Verharrenden. Das Ende des Kampfes ist noch nicht abzusehen und bedarf es zur Ermöglichung eines ehrenvollen Friedens für weiteren Unterbrechung des Inn- und Auslands. Nicht-entwollender Beifall lohnte den Vortrag aus dem noch hervorzuheben ist, daß während des Kampfes allein 40—50 000 Mitglieder sich den schwedischen Gewerkschaften angeschlossen haben.

Blaubeurg. Am 29. August fand im Gasthaus des Herrn Johann Hirsch in Fürtz i. B. eine öffentliche Steinarbeiterversammlung statt. Als Referent war Hans Wittenmeier anwesend. Er hielt einen sehr lehrreichen Vortrag über den Existenzkampf des Arbeiters. Was von der Arbeiterfreundlichkeit der Zentrumsabgeordneten und der christlichen Gewerkschaftsführer zu halten sei, haben wir wieder im grellsten Lichte bei Beratung der Finanzreform gesehen, indem sie im Reichsparlament ihre Stimme dahin abgaben, dem Arbeiter seine Lebensmittel, welche ja ohnehin kaum zu erschwingen sind, noch mehr zu verteuern. Wenn die Herren Zentrumsabgeordneten zugunsten der Arbeiter etwas tun wollten, so hätte sie schon lange geschehen können, da sie beständig in der Mehrheit im Parlament waren. Zum Schluß erwähnte Redner die Anwesenheit, es sollen sich die Arbeiter von Fürtz i. B. und Umgebung auch einmal zusammenschließen und ihr möglichstes tun, um ihr Lebensziel zu verbessern.

Miel. Am 7. September tagte im Gewerkschaftshaus unsere regelmäßige Monatsversammlung. Zum ersten Punkt wurden zwei Kollegen angenommen, einem dritten, der seinen Beitritt erklärte, wurde aufgegeben, seine Abmeldung bei seinem bisherigen Verband zunächst zu besorgen. Alsdann gab der Delegierte den Kartellbericht und machte nochmals auf den Bierboikott aufmerksam, der auf das energigste durchgeführt werden muß. Der Vorsitzende machte die Kollegen besonders auf die Bildungsabende, veranstaltet von der Arbeiterbildungskommission, aufmerksam und forderte dazu auf, dieselben recht zahlreich zu besuchen. Nach Erledigung einiger anderer Punkte nahm die Versammlung Stellung zu der Entlassung von sieben Kollegen bei der Firma Köhler. Bekanntlich läuft am 31. März nächsten Jahres unser Tarif ab. Derselbe muß schon am 1. Oktober 1909 gekündigt werden. Sollte nun vielleicht die Firma durch derartige Mittel den Kollegen Schreden einzujagen versuchen, so befindet sie sich direkt auf dem Holzwege. Merkwürdig bleibt das Benehmen derselben, da Kollegen von dieser Maßregelung betroffen sind, die schon verschiedene Jahre bei der Firma zur Zufriedenheit derselben arbeiteten. Ein Urteil über die Verhältnisse auf dem Platz Köhler können die Kollegen sich leicht bilden. Im Juni ließ die Firma 6 Stunden arbeiten, aber bei der geringsten Kleinigkeit werden Ueberstunden gemacht, so auch in letzter Woche wieder.

Anmerkung: Reiseunterstützung zahlt der Vorsitzende, A. Lehmann, Kloststraße 12, aus. Zureisende Kollegen sollen sich, bevor sie Umschau halten, bei diesem melden. Kollegen, die sich schriftlich Arbeit versorgen, sollten auch zugleich beim Zahlstellenvorstand Erkundigungen einziehen.

Süßb. Unsere regelmäßige Mitgliederversammlung fand am 4. September statt. Die Abrechnung vom 2. Quartal ergab eine Einnahme von 567.41 Mk. und eine Ausgabe von 228.06 Mk., so daß ein Kassenbestand von 339.35 Mk. verbleibt. Da unser bisheriger Kassierer, Kollege Otto Busse, schon 26 Wochen krank ist und in absehbarer Zeit keine Aussicht vorhanden ist, daß er seinen Posten wieder voll und ganz ausfüllen kann, so wurde Kollege Erich Rind als Kassierer gewählt. Für die ausgesperrten schwedischen Arbeiter hatte der Vorsitzende 25 Mk. an das Gewerkschaftskartell abgeführt, was von der Versammlung gutgeheißen wurde. In Verschiedenem verlas der Vorsitzende eine Karte, die ihm von einem Kollegen zugestellt wurde, der schriftlich im Reiskner Granitwerk um Arbeit angefragt hatte. Derselbe lautet unter Weglassung des Namens folgendermaßen: „Antwortlich Ihrer Karte vom 29. 7. teile ich Ihnen mit, daß Sie in meinem Werke Arbeit erhalten können, wenn Sie ein tüchtiger Handarbeiter und nicht organisiert sind. In diesem Falle sehe ich Ihrem Eintreffen entgegen und sende

Schachtungsvoll Meißner Granitwerk, Max Cuno, gez. Geitner. Meißner, am 31. 8. 09. — Wahrlich, ein würdiger Nachfolger des famosen Herrn Köhler. Der betreffende Kollege verzichtete allerdings auf dieses freundliche Anerbieten.

Mittweida. Unstre am 22. August im Hofgarten stattgefundene Mitgliederversammlung war nur mäßig besucht. Der Ortsstatistiker Kollege Fuhrmann gab die Statistik bekannt, aus welcher folgendes zu bemerken ist: An der Statistik beteiligten sich 106 Kollegen, 83 waren im Afford beschäftigt und 23 im Stundenlohn. Die Ausgabe für Handwerkszeug beträgt jährlich für die Postierer 15 Mk. Das Durchschnittsalter für Postierer beträgt 33 Jahre 3 Monate. Durchschnittlich im Beruf tätig sind die Affordarbeiter 13 Jahre 6 Monate. Verheiratet sind 81 Kollegen, sie haben 202 Kinder. Der Jahresverdienst der an der Statistik beteiligten Kollegen beträgt:

	Afford	Stundenlohn
Bis 700 Mk.	4 Kollegen	1 Kollege
von 700—900 "	8 "	4 Kollegen
900—1000 "	2 "	6 "
1000—1200 "	24 "	12 "
1200—1300 "	9 "	—
1300—1500 "	22 "	—
1500—1700 "	8 "	—
1700—1800 "	5 "	—
1800—1900 "	1 Kollege	—

In elf Fällen trägt die Frau zum Unterhalt der Familie bei, davon sind 5 Frauen in der Zigarrenbranche tätig und 6 in der Spinnerei. Der Durchschnittsverdienst eines Postierers beträgt 1198 Mk., der eines Stundenlöhners 953,85 Mk. Arbeitslos waren 50 Postierer und 23 Stundenlöhner 1 Woche wegen schlechter Witterung. 34 Kollegen waren im Berichtsjahre durch Krankheit betroffen. 1 Woche waren krank 9 Kollegen, 1 bis 2 Wochen 11 Kollegen, 2 bis 3 Wochen 4 Kollegen, 5 bis 6 Wochen 1 Kollege, 6 bis 7 Wochen 3 Kollegen, 7 bis 8 Wochen 1 Kollege, 8 bis 9 Wochen 1 Kollege, 9 bis 10 Wochen 1 Kollege, 10 bis 11 Wochen 1 Kollege, 11 bis 12 Wochen 1 Kollege, bis 23 Wochen 1 Kollege. Die Art der Erkrankungen waren bei 5 Kollegen Rheumatismus, bei 6 Kollegen Hals- und Lungenleiden. Bei 22 Kollegen waren die Krankheiten verschiedener Art. Ein Kollege erlitt einen Unfall im Beruf. Der jährliche Mietzins beträgt bei 19 Kollegen bis 100 Mk., bei 66 Kollegen 150 Mk. und bei 21 Kollegen 200 Mk. Hier anschließend ist noch zu bemerken, daß der Durchschnittslohn bei den Postierern in dem Berichtsjahr um 100 Mk. zurückgegangen ist. Ein trauriges Zeichen der Zeit. Im Punkt Gewerkschaftliches wurden 30 Mk. bewilligt für die abgebrannten Kollegen in Neusorg und 50 Mk. für die Streikenden in Schweden. Bektere sollen durch Sammellisten wieder eingebracht werden.

Rimbach (Odenwald). Am 5. September fand hier eine Versammlung statt, die von den Kollegen gut besucht war. Zum ersten Punkt der Tagesordnung erstattete Kollege Seidel den Statistikbericht. Darüber ist folgendes zu bemerken: Es beteiligten sich an der Statistik 11 Kollegen. Verheiratet waren 6; diese haben zusammen 15 Kinder; ledig waren 5. Der Jahresverdienst betrug für diese 11 Kollegen insgesamt 11.991,84 Mk.; es kommen sonach durchschnittlich 1090,16 Mk. auf einen Kollegen. Das Durchschnittsalter beträgt 32 Jahre. Krank waren 3 Kollegen zusammen 20 Wochen. Unter Gewerkschaftliches wurde von Seiten der Lokalverwaltung der Antrag gestellt, daß sich die Kollegen von den Plätzen Walderlenbach und Miltighausen, die zur Zahlstelle bei Kirchhausen gehören, der Zahlstelle Rimbach anschließen möchten. Die hierzu erschienenen Kollegen stimmten diesem Antrage zu. Die Begründung ist folgende: Die Werkplätze Rimbach und Walderlenbach gehören einer Firma; damit sich nun die Kollegen besser miteinander verständigen können, wurde dieser Vorschlag gemacht. Von Miltighausen gehören 5 der Zahlstelle Rimbach und 4 der Zahlstelle Kirchhausen an; da könnte dann ein Platzhalter die Beiträge einsammeln. Unter anderem wurde stark kritisiert, daß von Seiten der Unternehmer die Bundesratsverordnung immer noch nicht richtig eingehalten wird. Namentlich aus den Arbeitsbüchern kommt der Schutz oft monatelang nicht heraus. Hier hilft bloß einmütiges Vorgehen der Kollegen.

Weissenstadt. Eine gutbesuchte Steinarbeiterversammlung sagte am 5. September in der Wirtschaft des Herrn Weiß. Kollege Hoffmann aus Selb sprach über das Thema: Gewerkschaften, Staat und Arbeiter. In seinem einfindigen Referat schilderte er in leichtverständlicher Weise den schweren Kampf, den jetzt die Steinarbeiter zu führen haben, besonders im Fichtelgebirge. Er streifte kurz die frühere Arbeiterbewegung und wies mit Recht darauf hin, daß die Kämpfe der Neuzeit immer schwieriger würden. Die fünf größten Steinhauerwerke und Steinschleifereien wollen eine große Aktiengesellschaft bilden, um den Profit zu erhöhen. Die Unternehmer schließen sich immer fester zusammen, währenddessen die Arbeiter zerpflegt sind oder zum Teil nicht daran denken, der Organisation beizutreten. Zu all diesem schilderte der Referent die fortwährende Steigerung der Lebensmittel, die durch den Millionenraub des schwarz-blauen Blods immer mehr heranzuwächst. Kollegen Hoffmann wurde reichlich Beifall gezollt. Es herrschte große Begeisterung unter den Kollegen. Hierauf wurden drei Kollegen in unsern Verband aufgenommen.

Es ist unabwiesbare Pflicht eines jeden Mitgliedes, in jeder Versammlung zu erscheinen. Als Entschuldigung gilt nur Krankheit oder andere wichtige Vorkommnisse.

Aus dem Bunzlauer Distrikt.

Recht eigenartig erscheint mir die Auslegung eines Beschlusses dieses Distrikts, wonach überall darauf zu achten ist, daß die zusprechenden Kollegen nacheinander eingestellt werden und es ein Aussuchen nicht gibt. Wie dieser Beschluß ausgelegt resp. zu welchen Irrtümern derselbe führen kann, zeigt folgender Fall. Schreiber dieser Zeilen reiste am 31. August in Bunzlau und wurde vom ersten Polier der Firma Zeidler u. Himmel nach Sirgwitz eingestellt. Doch am nächsten Tage mußte ich erfahren, daß ich nicht anfangen konnte. Während ich nach Sirgwitz wanderte, hatte nämlich ein anderer Kollege zugesprochen, wurde aber nicht eingestellt, weil er eben auf Befragen des Poliers zugeben mußte, daß er wegen Sauferei im Bunzlauer Betrieb entlassen wurde. Daß die Sirgwitzer Kollegen für den Entlassenen eintreten, ist schön, aber bezeichnend ist es, daß die Bunzlauer keine Veranlassung hatten, zum zweitenmal sich des Kollegen anzunehmen. Er hatte nämlich den Kollegen das Ehrenwort gegeben, nicht wieder dem Alkohol zu huldigen. Sollen also wegen solcher „Blüten“ andere weiter auf der Landstraße bummeln? Ist das der Sinn dieses Beschlusses? Ueber die albernen Einwendungen einiger Kollegen mir gegenüber will ich mich nicht auslassen. Aber der Geist der modernen Auffassung über die Schädlichkeit des Alkohols spricht nicht darans, aber völlig geistige Verjüngung. Hier liegt noch ein großes Feld brach, dieses zu bearbeiten ist Aufgabe der Kollegen. Es ist an der Zeit, daß der Sauferei Einhalt geboten wird. Mögen sich die Kollegen des Bunzlauer Gebietes dazu aufraffen. Ich werde nicht der einzige sein, der dieses von Herzen wünscht. Rich. Dösch, zurzeit auf Reise.

Rundschau.

Zur Verschmelzung der Bauarbeiterorganisationen. Auf Grund der von den Verbandstagen des Maurerverbandes und des Bauhilfsarbeiterverbandes gefaßten Beschlüsse unterbreiten die Vorstände beider Verbände den Mitgliedern einen neuen

Statutenentwurf. Die neue gemeinsame Organisation soll den Namen: Deutscher Bauarbeiterverband führen. Mitglieder können alle im Hoch- und Tiefbau beschäftigten Arbeiter werden. Insbesondere sind aufnahmeberechtigt alle Maurer und deren Hilfsarbeiter, auch alle Angehörigen der Spezialbranchen des Maurergewerbes (Backofenbauer, Kessel- und Schornsteinmaler, Beton- und Kunststeinarbeiter, Fliesenleger und Anseher, Terrazzo- und Mosaikarbeiter, Puker aller Art), ferner alle Erdarbeiter, Einschaler, Abbrucharbeiter, Gerüstbauer und die bei der Ausschachtung von Baugruben und an den Pfahlrammen beschäftigten Arbeiter. Die beiden Verbände halten in den nächsten Wochen etwa 1000 Versammlungen ab, in welchen die Verschmelzungsfrage diskutiert wird. Die Mitgliedschaften beider Verbände werden nun aufgefördert, zu diesem Statutenentwurf Stellung zu nehmen und Abstimmungen vorzunehmen. Die Abstimmungsergebnisse sind an die Verbandsorgane einzufenden, die sie veröffentlichen werden. Im Frühjahr 1910 halten dann beide Verbände zu gleicher Zeit und an demselben Orte einen Verbandstag ab, um zu der Verschmelzung erneut Stellung zu nehmen. Wird sie beschloffen, dann treten die beiden Verbandstage zusammen und konstituieren den gemeinsamen Verband. Als Termin für den Zusammenschluß wird der 1. Januar 1911 in Aussicht genommen.

Ausgleich für „Lohnhöhung“. Die Granitwerkbefitzer in Fürstzell verlangen von der Stadtverwaltung München für die Granitkleinsteine eine Preiserhöhung von 1 Mark pro Tonne, da die Löhne gestiegen seien. Hierzu sind 5500 Mk. nötig, die den Einsparungen aus der heurigen Pflasterung entnommen werden sollen. G.-B. Rapp beantragte, diese Summe zu genehmigen. Bei dieser Gelegenheit führte Genosse Raith u. a. aus: Laut Vertrag mit der Stadtgemeinde München haben die Granitsteinlieferanten das Recht, falls die Löhne während der Vertragsdauer um 15 Prozent steigen, eine Erhöhung der Lieferpreise zu verlangen. Ab 1. Januar 1909 sind nun die ortsüblichen Tagelöhne im Distrikt Passau I und II um 20 Pfg. im Tag erhöht worden, was die Unternehmer veranlaßt, nun per Tonne 1 Mk. mehr — zusammen 5500 Mk. — für ihre Kleinsteinlieferungen zu verlangen. Raith wies darauf hin, daß durch diese Erhöhung des ortsüblichen Tagelohnes noch nicht nachgewiesen sei, daß die betreffenden Firmen auch Lohnaufbesserungen gewährten und aus dem Alte ist dies nicht ersichtlich. Ich bin nicht gegen die Mittelgenehmigung, möchte nur darauf hinweisen, daß die betreffenden Firmen mehr als bisher den berechtigten Forderungen ihrer Arbeiter Rechnung tragen. Sie sind ja in der Lage, die Mehrkosten auf den Käufer ihrer Steine abzuwälzen. Ich richte deshalb meine Mahnung besonders an jene Firmen in Fürstzell, die im Vorjahre ihre Arbeiter brutal auf das Pflaster geworfen und sich geweigert haben, einen Vertrag abzuschließen. — Stierstorfer entgegnete Raith, daß er sich an Ort und Stelle umgesehen habe. Was dort über Einleitung und Führung des Streiks und die Errichtung einer Steinbruchgenossenschaft, die jetzt total verkracht sei zum Schaden der Arbeiter, gehört und gesehen habe, veranlasse ihn, den betreffenden Unternehmer entschieden in Schutz zu nehmen.

Einem Sozialdemokraten blieb es also wieder vorbehalten, die Arbeiter in Fürstzell in Schutz zu nehmen und für Erhöhung ihrer Löhne einzutreten, trotzdem es sich um den Streik der christlichen Steinarbeiter in Fürstzell handelte. Die Ultramontanen schwiegen sich aus, sie überlassen die Verteidigung christlicher Gewerkschaften den Noten, die dafür von den christlichen Führern und Arbeitervertretern gewerkschaftlich verächtigt werden. Die Zentrumsvertreter im Münchner Rathaus hatten keine Veranlassung, die ehemals christlich organisierten Arbeiter in Fürstzell zu vertreten.

Neue Ernte der christlichen Gewerkschaftsführer. In Herbolzheim (Baden) hat der christliche Tabakarbeiterverband seine sämtlichen 117 Mitglieder verloren. Besonders die Tabakarbeiter spüren die Wirkung der neuen Tabaksteuer am eigenen Leibe am empfindlichsten. Die christlich organisierten werden daher auch am ehesten auf den Verrat ihrer Führer im Reichstage aufmerksam, die durch ihre enge Allianz mit dem Schnapsblod die Interessen ihrer Mitglieder schände im Stich lassen. Das Vorgehen der Herbolzheimer Tabakarbeiter kann daher den christlich organisierten Arbeitern im allgemeinen nur zur Nachahmung empfohlen werden. Sie wahren sich dadurch ihre eigenen Interessen.

Zum Generalstreik in Schweden. Die Regierung hat beschloffen, in dem Streik zu vermitteln und hat als ihren Vermittler Cederborg bestimmt. Gleichzeitig wurde die früher von der Regierung eingesetzte Kommission, die Vorschläge über gesetzliche Bestimmungen betr. ein Arbeitsübereinkommen auszuarbeiten sollte, aufgelöst und dem Justizministerium der Auftrag erteilt, auf Grund der Vorarbeiten der Kommission einen entsprechenden Gesetzesentwurf auszuarbeiten, der nächstes Jahr dem Reichstag unterbreitet werden soll.

Dieses Eingreifen der Regierung lag nach Mitteilungen, die der Frankfurter Zeitung zugegangen sind, im eigenen Interesse der schwedischen Unternehmer, deren Reiben stark zu wanken begannen.

Das Zögern der Regierung, zwischen dem Arbeitgeberbund und der Landesorganisation der Gewerkschaften zu vermitteln, hatte bewirkt, daß mehrere Unternehmer die Aussperrung gebrochen und die Arbeit aufgenommen haben, während die Arbeiter teilweise trotz des Streikes auch zur Arbeit zurückgekehrt sind. Streik und Lockout umfaßten vorige Woche noch etwa 140 000 Arbeiter, werden aber jetzt jeden Tag geringer. Ungewiß sei, ob ein Vertrag zwischen beiden Teilen möglich ist, dessen Ausbleiben für die Unternehmer noch schlimmer als für die Arbeiter wäre.

Kollegen! Agitiert für Eure Organisation!

Für die abgebrannten Kollegen in Neusorg gingen bis 11. September 1909 folgende Gelder ein:

In Nr. 37 bereits quittiert	1575.50 Mk.
Wildemann	10. —
Greiz	5. —
Odenburg	5. —
Hannover I	15. —
Wenig-Radwig (Bruch Sirgwitz)	12. —
Wirges	5. —
Hannover II	10. —
Summa	1637.50 Mk.

Leipzig. Ludwig Geiß, Kassierer.
Anmerkung: Da am Sonntag, den 19. September 1909, die Verteilung der Gelder vorgenommen werden soll, wird die Sammlung mit dem 18. September 1909 geschlossen.
Der Zentralvorstand.

Allgemeine Bekanntmachungen.

Gohmannsdorf. Der Steinmetz Franz Feuerbach soll sofort seine Adresse einfinden. Es handelt sich um eine Erbschaftssache. Kaspar Feuerbach.
Göttingen. Die Gewerkschaftsherberge befindet sich ab 1. Oktober Wilhelmstraße 3.

Dauzenberg bei Passau. Der Steinmetz Stephan Unfried soll sofort seine Adresse bekanntgeben. Es handelt sich um häusliche Angelegenheiten. F. Weidinger, Vorsitzender.

Quittung.

Eingegangene Gelder vom 6. bis mit 11. September 1909.
(Die vor den Zahlen stehenden Buchstaben bedeuten: B. = Beitragsmarken, E. = Eintrittsmarken, K. = Kranken- und Erwerbslosenmarken, M. = Material, Ab. = Abonnement, Ins. = Inserate, X. = Extrasteuer.)

Berlin, B. 2300.—, E. 25.—, K. 13450, M. 18.50. Balduinstein, B. 38.—. Flossenbürg, B. 168.—, E. 0.50, K. 10.—. Untermettingen, B. 8.80. Waldenburg, B. 4.40. Nienburg, B. 4.95. Rinden, B. 2.60. Elbing, B. 6.70. Böbneck, B. 2.30. Süßen, B. 4.50. Babenhäuser, B. 6.60. Wilhelmshaven, B. 5.—. Laßendorf, B. 4.40. Peine, B. 3.30. Braunschweig, B. 100.—. Erfurt, B. 92.—. Eschershausen, B. 171.—, E. 1.—. Greiz, B. 46.—. Hörsfel, (?) 63.25. Leonbrunn, B. 76.—, E. 1.—, K. 12.—. Oldenburg, B. 184.—, K. 10.—. Röhnitz, B. 13.45, M. 6.80. Schopfloch, B. 71.06, E. 0.75, K. 6.20. Sietin, B. 92.—. Weissenstadt, B. 6.—, E. 9.—. Sulzfeld, Div. 26.79. Arnstadt, B. 7.70. Niesha, B. 66.70. Neusorg, B. 41.86, E. 3.—, K. 0.80. Naumburg, B. 184.—, K. 2.90. Mittelsteine, B. 168.—, K. 5.—. Kamenz, B. 252.—, E. 7.—. Kolmar, B. 59.80, M. 0.75. Alsteden, 34.20. Alt-Barthau I, B. 248.40, K. 1.60. Bunzlau, B. 213.44, K. 19.10. Müthen, B. 20.70, K. 1.30. Gelsenkirchen, B. 5.—. Marburg, B. 1.26, Div. 7.74. Köln (Herrmann), 3.90. Magdeburg, B. 174.80, K. 9.95. Fürstzell, B. 4.55. Bilin, B. 18.50. Karlsruhe (Braun), Ins. 1.—. Leipzig (St.), 15.—. Neftomitz, Ab. 1.20. Grimmitzschau, B. 0.75. Herbede, B. 66.70, K. 0.30, X. 3.—. Konstanz, B. 126.—. Niedermendig, B. 38.—. Westhofen, B. 29.90.
Ludwig Geiß, Kassierer.

Adressen-Änderungen.

Eibelsdorf. Kass.: Jakob Schmitt, Gabelgasse 120.
Aßling. Kass.: Franz Uhl, wohnt im Gasthaus zum grünen Wald.
Balduinstein a. d. Bahn. Vors.: Toni Herber, Kass.: Karl Bühler.
Widenbach (Mhl.). Vors.: Wilhelm Kriehm.
Niedermendig. Vors.: Matthias Reich, Kass.: Anton Zeus, Thür bei Niedermendig.
Magdeburg. Kass.: D. Wille, Groß-Ottersleben b. Magdeburg, Morgenstraße 15.
Rannheim. Vors.: Paul Hoffmann, Krappenmühlstr. 7, IV. Königsbrück. Vors. u. Kass.: Kurt Rinke, Marktstraße 6.
Zwingenberg. Vors.: Wilhelm Schwein.

Briefkasten.

Odenwald, S. Zweifellos kann in diesem Fall § 223 des Strafgesetzbuches herangezogen werden. — Diebl. Genanntes Wert ist durch jede Parteibuchhandlung zu beziehen. — Frankfurt. Anonyme Zuschriften können wir nicht berücksichtigen. Vielleicht senden Sie uns Ihre Adresse noch ein. — A. Darüber können wir keine Auskunft geben. Erkundige Dich bei einem Anwalt. — Königsbrück. Die Veröffentlichung lehnen wir ab. Gegen das Falschziehen tun wir wahrhaftig genug. — Püschelbach. Die betreffenden Adressen sind uns leider unbekannt.

Anzeigen.

(Bei Inseraten von Arbeitsangeboten übernimmt die Redaktion keine Gewähr über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Es ist Sache der Arbeitssuchenden, sich über die einschlägigen Verhältnisse schriftlich zu erkundigen.)

Berlin.

Montag, den 20. September, abends 8 Uhr
Kombinierte Platzvertreter-Sitzung
im Verbandslokal, Seydelstraße 30.

Tagesordnung: 1. Erledigung der Vorarbeiten zu untenstehender Kontrolle. 2. Stellungnahme zu der vorauszuweisenden Arbeitslosigkeit des nächsten Winters. 3. Verschickenes.
Kein Geschäft, gleichviel welcher Branche, darf unvertreten sein. Besondere Einladungen finden nicht statt.

Sonntag, den 3. Oktober, vormittags zwischen 9 und 12 Uhr:

Allgemeine Kontrolle der Mitgliedsbücher

in folgenden Lokalen: **Verbandsbureau**, Seydelstr. 30; **Faber**, Stephanstr. 11; **Doye**, Müllerstr. 38a/b, Eingang Amsterdamer Straße; **Bruer**, Badstr. 10a; **Hönisch**, Wicherstr. 3; **Rasmann**, Friedenstr. 100; **Schwantes**, Frankfurter Allee 181; **Huber**, Kottbuser Ufer 32; **Thiedke**, Hagelsberger Straße 23; **Metzdorf**, Charlottenburg, Potsdamer Straße 44; **Bergemann**, Rixdorf, Goethestraße 7; **Gross**, Schöneberg, Sedanstraße 17; **Potschies**, Wilmersdorf, Parezer Straße 2.

Sämtliche Kollegen, Granit-, Kunststein-, Marmor- und Sandsteinarbeiter, sind verpflichtet, ihre Mitgliedsbücher während der angegebenen Zeit in einem der obigen Lokale zur Kontrolle vorzulegen und falls sie Abonnenten des Vorwärts oder Wahlvereinsmitglieder sind, auch hierfür Legitimationen mitzubringen.

Erfreute Pflichterfüllung aller Kollegen erwartet
Die Ortsverwaltung.

Gesucht sofort tüchtiger Maschinenschleifer

für Schleudermaschine, der selbständig arbeiten kann und beste Politur liefert. Stundenlohn 60 Pfg.
Johannes Schmidt, Hamburg, Kählnerort 32.

Granitsteinmetzen

werden für aushaltende Beschäftigung gesucht.
A. Hinrich & Hutsch, Granitbrüche
Berthelsdorf bei Neustadt (O.-L.).

Gestorben.

In Bremen am 7. September der Kollege Ernst Jähmig, 34 Jahre alt, an der Berufskrankheit.
In Schöna (Zahlstelle Pirna) am 2. September der Kollege Gustav Kretschmar, 40 Jahre alt, an der Berufskrankheit.
Ehre ihrem Andenken!

Verantwortlicher Redakteur: A. Staudinger, Leipzig.
Verlag von Paul Starke in Leipzig.
Rotationsdruck der Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft.

Beilage zum „Steinarbeiter“.

Nr. 38.

Sonntag, den 18. September 1909.

13. Jahrgang.

Die Gewerkschaftsorganisationen im Deutschen Reich im Jahre 1908.

III.

Bei der Gesamtüberblick über die gewerkschaftliche Bewegung in Deutschland können nur die gewerkschaftlichen Zentralverbände, die christlichen Gewerkschaften, die Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften und bedingungsweise die lokalen und unabhängigen Vereine in Berücksichtigung gezogen werden. Die Vereine der Privatangestellten werden nach ihrem jetzigen Charakter als Gewerkschaften nicht angesehen werden können, weil sie allgemein und besonders die Vereinigungen der Handlungsgehilfen und der Bureauangestellten mehr als Ständevereine anzusehen sind. Soweit sie als Gewerkschaften gelten wollen und gewerkschaftliche Kampfsmethoden zur Erreichung ihres Zweckes anwenden, sind sie einer der genannten drei Organisationsgruppen anzuschließen. Die Zentralverbände hatten 1908 (in Parenthese die Ziffern für 1907) 1 831 731 (1 865 506), die Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften 105 633 (108 889), die christlichen Gewerkschaften 264 519 (274 323), die unabhängigen christlichen Gewerkschaften 80 437 (80 437), die lokalen und unabhängigen gewerkschaftlichen Vereinigungen 100 081 (117 325), zusammen 2 382 401 (2 446 480) Mitglieder im Jahresdurchschnitt. Bei sämtlichen Organisationsgruppen ist somit im Jahre 1908 ein Rückgang im Mitgliederbestand eingetreten, und zwar bei den Zentralverbänden von 33 775, den Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften von 3256, den christlichen Gewerkschaften von 9804 und den unabhängigen und lokalen Vereinigungen von 17 244, zusammen von 64 079 Mitgliedern. Für die unabhängigen christlichen Gewerkschaften lagen für 1908 keine Angaben vor und sind die Mitgliederzahlen von 1907 angegeben. An Jahreseinnahmen hatten: die Zentralverbände 48 544 396 Mark, die Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften 2 694 893 Mark (davon entfallen jedoch, wie bereits angegeben, nur 1 516 174 Mark auf die Gewerkschaftskassen, der Rest entfällt auf selbständige Kranken- und Begräbniskassen), die christlichen Gewerkschaften 4 394 745 Mark, zusammen 55 634 034 Mark. Ausgaben hatten: die Zentralverbände 42 057 516 Mark, die Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften 2 350 727 Mark (für die Gewerkschaftskassen davon nur 1 429 198 Mark), die christlichen Gewerkschaften 3 556 224 Mark, zusammen 47 964 467 Mark. Der Vermögensbestand betrug bei den Zentralverbänden 40 839 791 Mark, den Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften 4 210 413 Mark (davon in den Gewerkschaftskassen 1 620 273 Mark), den christlichen Gewerkschaften 4 513 409 Mark, zusammen 49 563 613 Mark.

Weber in bezug auf den Mitgliederbestand noch in den Leistungen der drei Organisationsgruppen ist im letzten Jahre eine Aenderung des bisherigen Verhältnisses eingetreten. Es bleibt, wie nicht anders zu erwarten, die Tatsache bestehen, daß die Zentralverbände als die gewerkschaftliche Vertretung der deutschen Arbeiterklasse angesehen werden müssen, neben der die andern beiden Organisationsgruppen hinsichtlich der Mitgliederzahl, als auch der finanziellen Leistungsfähigkeit keine große Rolle spielen. Diese Leistungsfähigkeit der Zentralverbände übertrifft die der Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften und der christlichen Gewerkschaften aber nicht nur in den absoluten Zahlen, sondern auch bei der Berechnung der Aufwendungen für gewerkschaftliche Zwecke pro Kopf der Mitglieder, wie nachfolgende Aufstellungen zeigen. Es verausgabten 1908 für

Rechtsschutz und Unterstützungen insgesamt:

Organisationsgruppen	Organisationszahl	Mitgliederzahl	Mark	pro Kopf Mark
Zentralverbände	60	1 831 731	20 004 767	10.92
H.-D. Gewerkschaften	20	105 633	406 318	3.85
Christl. Gewerkschaften	22	264 519	976 393	3.69

Streiks und Aussperrungen:

Organisationsgruppen	Organisationszahl	Mitgliederzahl	Mark	pro Kopf Mark
Zentralverbände	60	1 831 731	6 259 662	3.42
H.-D. Gewerkschaften	20	105 633	130 340	1.23
Christl. Gewerkschaften	22	264 519	424 902	1.61

Arbeitslosen- und Reiseunterstützung:

Organisationsgruppen	Organisationszahl	Mitgliederzahl	Mark	pro Kopf Mark
Zentralverbände	57	1 797 100	9 318 741	5.19
H.-D. Gewerkschaften	15	101 687	306 309	3.01
Christl. Gewerkschaften	14	192 443	134 453	0.70

Arbeitslosenunterstützung:

Organisationsgruppen	Organisationszahl	Mitgliederzahl	Mark	pro Kopf Mark
Zentralverbände	43	1 314 243	8 134 388	6.19
H.-D. Gewerkschaften	15	101 687	288 068	2.83
Christl. Gewerkschaften	14	192 443	134 453	0.70

Bei Beurteilung dieser Zahlen muß man berücksichtigen, daß die Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften jahrzehntlang den auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehenden Gewerkschaften den Vorwurf machen, daß sie Kampforganisationen seien, während sie, die Gewerkschaften, in erster Linie dafür sorgen, den Mitgliedern in persönlicher Notlage Hilfe in Form von Unterstützungen zu gewähren. Mit dem gleichen Feldgeschrei traten die christlichen Gewerkschaften auf den Kampfplatz, nicht um gegen das Unternehmertum, sondern gegen ihre in den gewerkschaftlichen Zentralverbänden organisierten Arbeitsgenossen zu kämpfen. Es war für die Zentralverbände allerdings nicht möglich, während der Zeit des Sozialistengesetzes und auch viele Jahre nach Fall des Gesetzes unter der Polizeiwilfür ihre Aufgaben voll zu erfüllen. Kaum aber bot sich ihnen die Möglichkeit ruhiger Entwicklung, so ließen sie die andern beiden Organisationsgruppen auch auf dem Gebiet der Unterstützungsleistungen weit hinter sich. Der in den letzten Jahren in der Gewerkschaftstatistik hierfür erbrachte Nachweis schmerzte die Leistungen der andern beiden Organisationsgruppen aufs tiefste. Würde ihnen doch dadurch der wichtigste Stoff für ihre Agitation gegen die gewerkschaftlichen Zentralverbände entzogen. Die Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften glaubten, die unliebsame Situation durch ein statistisches Manöver für sich günstig gestalten zu können. Sie stellten die Einnahmen und Ausgaben der mit ihnen in Verbindung stehenden freien Hilfskassen als Einnahmen und Ausgaben der Gewerkschaften in ihre Statistik ein. Sie mußten sich aber schon damit abfinden, daß die Arbeiterschaft in Deutschland geistig zu weit vorgehritten ist, um sich durch eine solche Schiebung täuschen zu lassen. Die christlichen Gewerkschaftsführer, wandlungsfähig, wie es Zentrumsgrößen geziemend, wenn der Zweck erreicht werden soll, kommen zu der gegenteiligen Auffassung über den Zweck der Gewerkschaftsbewegung, als sie bei Einsetzen der christlichen Gewerkschaftstätigkeit verrietten wurde. In dem Bericht über die christlichen Gewerkschaften im Jahre 1908 lesen wir, nachdem der gläubigen christlichen Gewerkschaftsmitgliedern vorgeschwindelt ist, daß die gewerkschaftlichen Zentralverbände sich mit Hilfe hoher Sozialbeiträge hohe Durchschnittssätze an Unterstützungen pro Kopf der Mitglieder berechnen, folgende Sätze: „Zudem müssen mit dieser bloßen mammonistischen Agitation geradezu die ideellen Triebkräfte in der Gewerkschaftsbewegung erstickt werden. Der christlichen Gewerkschaftsbewegung kann auf die Dauer wohl kaum mit dieser Art Agitation geschadet werden.“ Und weiter: „Und mit einem Nadel an höheren Unterstützungen kann fürwahr nicht die Art an die Wurzel der christlichen Gewerkschaften gelegt, wohl aber ganz bedenklich gegen die Gewerkschaftsaufgaben und die urchigsten Interessen der Arbeiter gesündigt werden. Der sozialdemokratische Metallarbeiterverband, der sich als die stärkste Arbeiterorganisation der Welt auszeichnete, mußte in den letzten Jahren fast allen größeren Kämpfen ausweichen, weil leere Kassen bei ihm ein ständiges Kapitel bilden. Man braucht den Streit nicht als Allheilmittel anzusehen und wird trotzdem an der Tatsache nicht vorbeikommen, daß die Mitwirkung der Arbeiter bei der Gestaltung der Arbeitsbedingungen und um die Anerkennung des Persönlichkeitswertes des Arbeiters wohl kein Gewerbe noch in solchen schweren Kämpfen verwickelt werden wird, als die deutsche Metallindustrie. Und womit sollen diese ausgetragen werden? Mit radikalen Präsen ist den Industrieführern in der deutschen Metallindustrie nicht zu imponieren. Hier müssen, neben der Gesetzgebung, Massenorganisationen der Metallarbeiter mit eigener Selbsttätigkeit, straffer Disziplin und gefüllten Organisationskassen ergänzend einsetzen.“

Den Deutschen Metallarbeiterverband, der 1908 bei 360 000 Mitgliedern eine Einnahme von 33.40 Mark (davon 27.81 Mark an Verbandsbeiträgen) und einen Vermögensbestand von 16.34 Mark pro Kopf der Mitglieder hatte, brauchen wir gegen die Angriffe wohl nicht zu verteidigen, denn wir schreiben nicht für „Gläubige“, sondern für Leute, die in der Lage sind, sich ein eigenes Urteil zu bilden. Offenbar hat der christliche Metallarbeiterverband mit seinen 26 427 Mitgliedern, einer Einnahme von 25.50 Mark und einem Kassenbestand von 27 Mark pro Kopf der Mitglieder die Aufgaben erfüllt, die der Sekretär des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften den Gewerkschaftsorganisationen nunmehr zugewiesen wissen will. Dafür einen Nachweis zu erbringen, hütet sich der christliche Gewerkschaftsstatistiker, denn das Gegenteil müßte erwiesen werden. Der Deutsche Metallarbeiterverband verausgabte im Jahre 1908 an Unterstützung für Streiks und Gemahregelte 4.01 Mark pro Kopf der Mitglieder, d. h. fast dreimal so viel wie der christliche Verband, der hierfür nur 1.45 Mark pro Kopf der Mitglieder ausgab.

Doch, was ist bei Beurteilung der christlichen Gewerkschaften nicht das Entscheidende, sondern die Wandlung, die sich bei diesen Organisationen vollzogen hat, verdient besondere Beachtung. Dieselben Organisationen, deren Leiter heute gegen die Unterstützungsleistungen polemisieren und zum Kampf aufrufen, wollten bei ihrer Gründung von diesem nichts wissen. Die erste christliche Gewerkschaft, der am 28. Oktober 1894 gegründete Gewerkschaft christlicher Bergarbeiter, beschloß als Mittel zur Erreichung seines Zweckes, nur anzuerkennen: „Verhandlungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern in Lohnfragen und bei berechtigten Wünschen und Beschwerden, Eingaben und Petitionen an die Verwaltungen, die Behörden, Regierung, Parlamente, belehrende und bildende Vorträge auf dem Gebiete der Berggesetzgebung, des Bergbaues und der Bestrebungen der Bergarbeiter in andern Revieren und Ländern.“ Von Kampf mit den Unternehmern war keine Rede, es wurde im Gegenteil ohne Widerspruch erklärt, daß der Gewerkschaft keine Kampforganisation sein dürfe. Auf dem ersten Kongreß der christlichen Gewerkschaften (Mainz 1899) hatte man sich bereits so weit entwickelt, die Notwendigkeit der Arbeitsstellenföschung nicht völlig zu verleugnen. In den Leitenden, die dort beschlossen wurden, heißt es bezüglich der Taktik der Gewerkschaften: „Es ist nicht zu vergessen, daß Arbeiter und Unternehmer gemeinsame Interessen haben; darauf beruhend, daß beide Teile nicht allein als zusammenhängende Faktoren der Arbeit, der letzteren Rechte auf angemessene Entlohnung gegenüber dem Kapital, sondern vor allem die Interessen der Erzeugung von Gütern gegenüber dem Verbrauch derselben zu vertreten haben. Beide Teile beanspruchen mit Recht eine größtmögliche Verzinsung ihres in der Erzeugung von Gütern enthaltenen Kapitals: der Unternehmer seines Kapitals und der Arbeiter seiner Arbeitskraft. Ohne beides, Kapital und Arbeitskraft, keine Produktion. Darum soll die ganze Wirksamkeit der Gewerkschaften von vernünftigen Geistes durchweht und getragen sein. Die Forderungen müssen maßvoll sein, aber fest und entschieden vertreten werden. Der Ausstand darf nur als letztes Mittel, wenn Erfolg verheißend, angewandt werden.“ Welch eine friedliche Stimmung 1899 und nun nach einem Jahrzehnt der Kampfesraf, der Vorwurf gegenüber den Zentralverbänden, daß sie nicht genügend für den Kampf rüsten. So ändern harte ökonomische Tatsachen die Ansichten und die Wandlungen der Christlichen werden durch ihren Abschluß noch nicht gelindert haben. Es ist das eingetreten, was wir bei dem ersten Auftauchen der christlichen Gewerkschaftsbewegung sagten: Macht man erst den Arbeiter mit der gewerkschaftlichen Bewegung vertraut, so wird er auch bald lernen, den richtigen Gebrauch von ihr zu machen. Der Fortschritt, welchen in den letzten Jahren die Unternehmerorganisationen aufweisen, zwingt die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter wohl oder übel zur Kampfesstellung, denn nur nach harten Kämpfen erfolgt die Anerkennung der Gewerkschaften und die Vereinbarung über die Lohn- und Arbeitsbedingungen und der Abschluß von Tarifverträgen.

Ueber die Arbeitgeberorganisationen lassen sich nach dem im Statistischen Jahrbuch veröffentlichten Erhebungen des Statistischen Amtes einige Angaben machen. Auch diese

Aus der Elbsandsteinindustrie.

(Schluß.)

Daß die alte Vergordnung aus dem 17. Jahrhundert immer noch nicht vergessen ist, zeigt nachstehender sinnreicher Spruch, welcher an einer Tafel in der Nähe der Jessener Steinbrüche zu lesen ist:

Wer kömmt in diese Berge hierlein,
Der laß sich dieses eine Warnung sein:
Laß stehn und liegen, was Stahl und Eisen an sich hat,
Sonst wirst du gestraft auf frischer Tat.
Dies merke dir auch dabei, daß das Wort „Lauf zu“
Auch strafbar sei.
Solches alles nimme dir wohl in acht,
Daß du nicht wirst in Schaden gebracht.

Es wäre ja interessant, die geologische Entstehung des Elbsandsteingebirges zu schildern; wir müssen aber davon Abstand nehmen, weil die Auseinandersetzungen zu umfangreich würden.

Die Postelwitzer Steinbrüche sind sehr ergiebig. Das Material sieht ins Rötliche, auch gibt es weiches; zu Bauzwecken ist es gut verwendbar. Die Höhe der Bruchwände beträgt bis zu 90 Meter. Es seien einige Bauwerke genannt, zu welchen Postelwitzer Material Verwendung fand: zum Reichsgerichtsgebäude in Leipzig, zum Anbau des Brandenburger Tores, zur Säulenhalle der Nationalgalerie, zum Reichstagsgebäude und zu der Technischen Hochschule zu Berlin. Die Kreuzkirche und die Augustusbrücke in Dresden sind auch aus genanntem Material hergestellt.

Die Teichsteinbrüche liegen in der Nähe von Schandau. Sie werden deshalb so genannt, weil in Schandau die Elbe sehr breit und tief ist, der Wasserlauf recht träge genannt werden kann und der schöne Strom so eine Art Teich bildet. Der Teichstein ist sehr hart. Bei Tarifabmachungen kommt es mit den Meistern wegen dieses Materials meist zu Streitigkeiten. Es ist erklärlich, wenn unsere Kollegen alles aufbieten, daß dieser Stein mit einem bemerksprechenden Prozentaufschlag bedacht wird.

Der Cottauer Sandstein wird in dem Gebiet um Groß-Cotta, Neundorf und Rottwerndorf gewonnen. Er wurde bis vor sechs Jahren gerne zu prunkenden Fassaden verwendet. Die Gewinnung des Rohmaterials war leicht, der Kubikmeter stand sich im hoffersten Zustande auf etwa 25 bis 30 Mark. Der Steinweg kann aus diesem Material ohne Schwierigkeit die exaktesten Architekturteile herstellen; es kann zur „Verschönerung“ sehr viel mit dem Hobel gearbeitet werden. Der Stein ist aber nicht witterungsbeständig, und so kam er stark in Verruf. Zu Innenbauten eignet er sich desto besser. Die Wanderverkleidungen des Reichsgerichts in Leipzig sind aus Cottauer Stein gearbeitet und sehen dem Carraraer Marmor

täuschend ähnlich. Auch der Bildhauer wird das sonst recht schöne, weiche, aber doch kompakte Material nicht gerne missen.

Der Postauer Stein ist etwas härter wie der Postelwitzer. Er hat den Vorzug, recht witterungsbeständig zu sein. Aber die Dresdner Architekten nehmen in letzterer Zeit für Sockelarbeiten mit Vorliebe Lausitzer Granit, weil er billiger sein soll. Der junge Steinweg bearbeitet mit einer gewissen Freude Postauer Stein, weil er etwas „Schlamm“ dabei verdienen kann. Die älteren Kollegen, bei denen die „Puste“ nicht mehr recht funktioniert, wollen von diesem Stein mit Recht nichts wissen. Unter den älteren Steinwegern verstehen wir diejenigen, welche etwa im Alter von 27 bis 33 Jahre stehen.

Wie die Steinproduktion schwankt, geht aus folgenden Ziffern hervor. Es wurden verarbeitet:

1880	210 000	Kubikmeter
1891	187 000	„
1897	215 000	„
1903	113 000	„

In den letzten Jahren war Nachfrage für eine größere Produktionsfähigkeit leider nicht vorhanden. — Die Oberkreutzleithner-Brüche werden von einer Gesellschaft m. b. H. betrieben. Stammkapital 1/2 Million.

Die Steinwegern sind meist in Pirna, Neundorf und Rottwerndorf beschäftigt. Aber welche Veränderungen sind gegen früher auf den Werkplätzen in Pirna vorgegangen? Im Jahre 1898 schafften in letzterer Stadt noch etwa 500 Steinwegern. Heute sind es kaum noch 150. In Dresden, wo zur selben Zeit 1200 Kollegen das Material aus den Elbebrüchen verarbeitet, sind heute nur noch etwa 450 tätig. Im nahen Städtchen Riesa sind die Werkplätze überhaupt leer. Die Arbeitslosigkeit der Steinwegern im Zollstättengebiet Dresden-Pirna ist seit Jahren enorm. Deshalb ist es auch kein Wunder, wenn von dort der Ruf nach Einführung der Arbeitslosenunterstützung immer lauter wird. — Hervorgehoben muß werden, daß in organisatorischer Beziehung von 1890 bis 1902 in Dresden und Pirna ein reges Leben geherrscht hat. In Dresden waren besonders die Kollegen Othmar und Artur Schmidt, Fettsch und Steglitz tätig. Diese Braven sind nun alle tot. In Pirna machten sich die Kollegen Riegel, Benzig und Biewig mit ihrer unermüdbaren agitatorischen Tätigkeit besonders bemerkbar. Biewig arbeitete zum Kongreß in Gotha (1900) ein umfangreiches Regulativ aus, in welchem die Einführung der Verbandsform und die Krankenversicherung vorgeschrieben war. Der Entwurf wurde von der Kollegschaft hauptsächlich deshalb scharf bekämpft, weil er Pirnaer „Gewächs“ war. Viele meinten, die Pirnaer wollten bloß Projekte machen und so wurde auf ihre Weisheit nichts gegeben. Wäre in Gotha der Biewigsche Entwurf zur Annahme gelangt, dann würden wir heute im Verbands eine stattlichere Zahl Mitglieder müßern.

Bei den großen Privat- und Staatsgebäuden werden schon seit Jahren die Grundbauarbeiten aus Beton hergestellt. Früher wurden hierzu nur Holzeln und auch sogenannte Grundquader verwendet. Doch dieses Mauerwerk wird jetzt nicht mehr beliebt und die Steinindustriellen können die Abfälle nicht mehr verwenden. Vor etwa 10 Jahren noch gingen ganze Schiffsladungen solcher Holzeln nach Dresden und Magdeburg, aber der Beton hat sich auch hier als erfolgreicher Konkurrent erwiesen. Natürlich wiederum zum Schaden der Kollegen.

Die Elbsandsteinindustrie steht aber vor einer weiteren großen Gefahr. Wer die politische Situation kennt, wird einschätzen können, daß wahrscheinlich schon in der nächsten Zeit Schiffahrtsabgaben eingeführt werden. Im Reichstage findet sich dafür sicherlich eine Mehrheit. Schiffahrtsabgaben ruinieren die sächsische Sandsteinindustrie total. — Von Pirna bis zur Elbmündung beträgt die Entfernung etwa 800 Kilometer. Nun soll von jeder Tonne (20 Zentner) pro Kilometer 1/10 Pf. erhoben werden. Der Kubikmeter Sandstein, welcher etwa 40 Zentner wiegt, würde auf dem Wasserwege von Pirna bis Hamburg um 1.20 Mark teurer im Preise zu stehen kommen. Es ist ausgeschlossen, daß das Rohmaterial einen solchen Aufschlag tragen kann.

Die Steinbrüche werden neben den technischen Beamten der Sektion VII (Steinbruchsberufsgenossenschaft) von den amtlichen Bruchmeistern revidiert. Diese Bruchmeister wurden vor 100 Jahren noch „Bormeister“ genannt. Es darf gesagt werden, daß sich die Bruchmeister, welche wohl alle aus unfern Kreisen hervorgegangen sind, im allgemeinen bewährt haben. Sie haben bei der Anstellung kein technisches Examen zu leisten, sie müssen nur nachweisen, daß sie im Steinbruchsberuf gut qualifiziert sind. Diese Amtsbruchmeister haben mindestens dieselbe Verantwortung zu tragen wie die Baukontrolleure. Nun ist es auffällig, daß im Reichstage die Regierungsvertreter schon wiederholt die Behauptung aufstellten, die Baukontrolleure müßten technisch gebildet sein. Das ist natürlich nicht nötig, und Schafen kommt mit seinen „praktischen“ Amtsbruchmeistern sehr gut aus.

Die Elbsandsteinindustrie hat ihre glänzendste Periode hinter sich; sie kann sich die früher innegehabte Position kaum mehr erobern. Schuld daran mag sein, daß die Unternehmer es nicht im geringsten verstanden haben, sich die Technik zunutze zu machen. Mehrere Firmen haben Sägereien errichtet, aber das ist auch alles. Das Kapital fand in der schönen sächsischen Schweiz billige und willige Arbeitskräfte und da war die Inanspruchnahme technischer Hilfsmittel nicht notwendig. — Interessant würde es sein, wenn statistisch nachgewiesen werden könnte, wieviel Arbeiter in den letzten 100 Jahren im Elbsandsteingebiet an der Berufskrankheit (Schwindsucht) zugrunde gegangen sind.

Organisationen wären bei einer Darstellung der gewerkschaftlichen Bewegung nicht zu berücksichtigen, wenn es sich nicht darum handelte, zu zeigen, wie weit die Unternehmervereinigungen, welche den Kampf gegen die Gewerkschaften führen, sich entwickelt haben. Es werden gezählt 2 Zentralen (Verein deutscher Arbeitgeberverbände, Berlin, mit 32 500 Mitgliedern und 1 450 000 bei diesen beschäftigten Arbeitern, und Hauptstelle deutscher Arbeitgeberverbände, Berlin, mit 6144 Mitgliedern und 988 142 bei diesen beschäftigten Arbeitern) mit 38 644 Mitgliedern und 2 438 142 bei diesen beschäftigten Arbeitern. Dann 46 sonstige Reichsverbände mit 144 400 Mitgliedern und 3 124 866 bei diesen beschäftigten Arbeitern. Es folgen 27 Arbeitgebervereine, die andern Verbänden angeschlossen sind, dann 37 berufliche Landes- und Bezirksverbände mit 13 394 Mitgliedern und 483 595 bei diesen beschäftigten Arbeitern, 40 berufliche Ortsverbände mit 1510 Mitgliedern und 40 218 bei diesen beschäftigten Arbeitern. Dann wird noch über gemischte Landes- und Bezirksverbände und gemischte Ortsverbände berichtet, doch werden diese bei der Schlusszusammenstellung nicht mit einberechnet. Diese zählt nur die andern Verbänden nicht angeschlossenen beruflichen Reichsverbände, Landes-, Bezirks- und Ortsverbände, zusammen 118 mit 159 304 Mitgliedern und 3 648 679 bei diesen beschäftigten Arbeitern. Jedenfalls sind hierzu die beiden Zentralstellen mit 22 angeschlossenen Reichsverbänden, 27 Landes- und Bezirks- und 36 Ortsverbänden, die zusammen 38 644 Mitglieder haben, bei denen 2 438 142 Arbeiter beschäftigt sind, hinzuzuzählen, so daß mit 203 Unternehmervereinigungen zu rechnen wäre, denen 197 948 Mitglieder angehören, die 6 086 821 Arbeiter beschäftigen. Ob es richtig ist, die den Zentralstellen angeschlossenen Vereine mit den andern genannten Vereinigungen zu summieren, läßt sich nicht sagen. Möglicherweise ergibt diese Summierung Doppelzählungen, und ist wohl aus diesem Grunde die Gesamtzusammenstellung im Statistischen Jahrbuch unterblieben. Diese Zahlen werden, auch wenn sie in ihrem Endergebnis zu hoch sein sollten, der Arbeiterchaft Deutschlands zeigen, welche Macht den Gewerkschaften in den Unternehmervereinigungen gegenübersteht. Diese aber sind Flug genug, ihre Kräfte nicht in christlichen, liberalen oder sozialdemokratischen Vereinen zu zerpfählen, sondern in ihnen ist der Christ mit dem Atheisten und den Juden oder Heiden sich darin einig, daß die aufwärtsstrebende Arbeiterklasse niedergehalten werden muß. In der Arbeiterchaft aber finden sich immer wieder Elemente, die es für zweckdienlich halten, die Arbeiter nach ihrem religiösen oder politischen Bekenntnis auseinanderzuorganisieren und Massen der deutschen Arbeiter mangelnd es an der Erkenntnis, daß ein solches Beginnen nur den Interessen der Unternehmer dient und die Arbeiterklasse auf das tiefste schädigen muß. Da die Arbeiter aber nicht aus eigenem Antriebe, sondern beeinflusst durch außerhalb ihrer Reihen Stehende zu dieser Trennung gekommen sind und dieser Einfluß andauert, so wirkt auch seitens der Zentralverbände in der gleichen Weise wie bisher weiter gearbeitet werden müssen. Hat auch das Jahr 1908, wie von vornherein zu erwarten stand, uns keinen Fortschritt in der äußeren Entwicklung der Zentralverbände gebracht, so ist in der harten Zeit der Krise doch ihre innere Festigung fortgeschritten. Die Kraftprobe, welche unsere Verbände in den letzten beiden Jahren zu bestehen hatten und die sie gut überstanden haben, gibt uns die Zuversicht, daß sie in den nächsten Jahren sich immer mehr zu einer Schutzwehr und zu einem Hort für die Arbeiterklasse entwickeln werden.

G. Legien.

Sechste Internationale Konferenz der Vertreter der gewerkschaftlichen Landeszentralen.

2. Verhandlungstag.

In der Vormittags-sitzung vom 31. August wird zunächst eine Resolution angenommen, die das Vorgehen der türkischen Regierung gegen die Gewerkschaften scharf verurteilt. Es kamen dann die Anträge zur Beratung, die von dem internationalen Sekretariat gestellt sind. Zunächst wird ein Antrag Belgiens angenommen, daß in Zukunft nur die von den angeschlossenen Gewerkschaftszentralen gestellten Anträge diskutiert werden, daß aber die nicht angeschlossenen Länder nicht das Recht haben, der Konferenz Vorschläge zu unterbreiten.

Nächstehender Antrag Norwegens wird nach einer kurzen Begründung durch Nian angenommen: „Als Grundlage für die jährlichen statistischen Berichte der Landesorganisationen an das internationale Sekretariat sind solche Bestimmungen auszuarbeiten und solche Bezeichnungen festzusetzen, daß für die Angaben möglichst einheitliche Voraussetzungen geschaffen werden.“

Legien begründet folgenden Antrag Deutschlands: „Die Konferenz beschließt, die gewerkschaftlichen Landeszentralen zu ermahnen, die Statistik einheitlich zu führen; und, sofern diese Statistik durch staatliche Behörden aufgenommen wird, dahin zu wirken, daß die Aufnahme nach einheitlichen Sägen erfolge.“ Der Antrag wurde angenommen.

Eine längere Debatte entsteht über einen Antrag Deutschlands, der an den Beschluß der letzten internationalen Konferenz in Christiania von 1907 erinnert und verlangt, daß Mitglieder solcher Verbände, die den gewerkschaftlichen Landeszentralen ihres Landes angeschlossen sind, wenn sie in einem andern Lande zureisen, in der dortigen Berufsorganisation aufgenommen werden müssen. Der Antrag normiert dann im einzelnen noch die Uebertrittsbedingungen. Cassenbach begründet diesen Antrag und verweist darauf, daß die meisten Länder dieser so handeln. Eine Ausnahme mache England, wo den zureisenden Gewerkschaftsmitgliedern vielfache Schwierigkeiten gemacht werden. Das habe bereits auf der vorigen Konferenz in Christiania zu einer Aussprache und zu einem entsprechenden Beschluß geführt. Auch die englischen Delegierten hätten sich für eine Erleichterung der Uebertrittsbedingungen erklärt. Man habe nichts gehört, daß in England diese Frage behandelt wurde, weshalb an die englischen Delegierten die Frage zu richten sei, ob sie Schritte unternommen haben, den Beschluß durchzuführen. — Appleton, der Generalsekretär der englischen Föderation of Trade-Unions erklärt, daß der Bericht von Christiania im Jahresbericht der englischen Föderation veröffentlicht wurde. Zur Beratung auf dem Trade-Unions-Kongress sei die Resolution nicht gekommen, da die Föderation als solche nicht das Recht habe, den Antrag zu stellen. In England beständen große Schwierigkeiten, einen Beschluß einer Konferenz zur Durchführung zu bringen, da die Demokratie so stark entwickelt sei, daß die einzelnen Organisationen sich auch selbst durch die Konföderation (Gewerkschaftskommission) keine Vorschriften machen lassen. Man werde versuchen, den englischen Gewerkschaften die Frage näher zu bringen, dazu gehöre aber Zeit. Dann verbinde auch das ausgedehnte Unternehmertum der englischen Gewerkschaften, zureisenden Berufsangehörigen die vollen Rechte zu gewähren. In der Debatte, an der sich Vertreter verschiedener Länder beteiligen, wird es als unangenehm bezeichnet, daß man sich in England immer auf die Demokratie berufe, die es verhindere, gefasste Beschlüsse auszuführen. Wenn die leitenden Personen die Absicht haben, etwas durchzuführen, dann würde ihnen auch die Möglichkeit gegeben sein, die Mitglieder aufzuklären. Auf verschiedenen internationalen Kongressen konnte festgestellt werden, daß gerade die englischen Vertreter über internationale Fragen schlecht unterrichtet sind, ein Beweis dafür, daß sie nicht genügend orientiert waren. Die englischen Gewerkschaften seien bereits so lange dem internationalen Sekretariat angeschlossen, daß man erwarten könne, daß sie über alles unterrichtet wären. Von einem Beschlusse wurde Abstand genommen in der Erwartung,

daß die Aufforderung die englischen Gewerkschaften anregen werde, dem Beschlusse von Christiania zu entsprechen.

Bei dieser Gelegenheit führen die Vertreter der französischen Gewerkschaften darüber Lage, daß die in Paris anwesenden deutschen Gewerkschaftler sich eine besondere deutsche Organisation geschaffen haben und sich vielfach weigern, den französischen Gewerkschaften beizutreten. Hierzu erklärt Legien, daß die deutschen Gewerkschaften ein solches Vorgehen zu keinem Fall für richtig halten. Man erwarte ganz bestimmt, daß die in Frankreich beschäftigten Deutschen sich ihrer französischen Berufsorganisation anschließen. Die Generalkommission habe angenommen, daß das deutsche Gewerkschaftsstartell in Paris nichts anderes sei, als eine Auskunftsstelle, die den der französischen Sprache nicht mächtigen Deutschen helfen und sie ihrer französischen Berufsorganisation zuführen will. Falls das nicht der Fall sei, würde man jede Beziehung zu diesem Kartell abbrechen.

Die Niederlande beantragen, einen besoldeten Beamten anzustellen, der den Verkehr zwischen den Landeszentralen zu vermitteln, auch Bureauarbeiten zu verrichten und die Herausgabe eines Korrespondenzblattes oder regelmäßiger Rundschreiben zu veranlassen hat. Sodagegen begründet den Antrag dahin, daß es auf die Dauer nicht genügen würde, die internationalen Arbeiten im Nebenamt durch Legien ausführen zu lassen. Es sei deshalb eine besondere Person anzustellen, die unter der Leitung von Legien arbeite. Auch ein internationales Organ müsse erscheinen. Bisher sei man auf das deutsche Korrespondenzblatt und auf gelegentliche Zirkulare angewiesen gewesen. In der Diskussion kam allgemein zum Ausdruck, daß Legien die Leitung der internationalen Angelegenheiten behalten möge. Es wurde dann auch beschlossen, es bei dem jetzigen Zustande zu belassen und Legien das Recht zu geben, eine voll besoldete Hilfskraft anzunehmen. Von der Herausgabe eines besonderen internationalen Organs soll Abstand genommen werden, dagegen die Mitteilungen in Form von Zirkularen ausgebaut werden.

Dänemark beantragt, daß Zirkulare und wichtige Mitteilungen betr. größere Konflikte in einem Lande sofort und direkt an die Zentralorganisationen der übrigen Länder gesandt werden sollen. Wenn in einem Lande Konflikte größeren Umfangs eintreten, so daß dadurch das Interesse der übrigen Landeszentralen in Anspruch genommen wird, sollen diese auf Aufforderung des internationalen Gewerkschaftssekretariats einen Delegierten zu einer Konferenz entsenden, um über die betreffenden Veranstaltungen gemeinschaftlich beraten zu können. Die Konferenz erachtet den ersten Teil des Antrags als durch die Anstellung einer besonderen Hilfskraft erledigt. Bezüglich des zweiten Antrags ist Legien der Meinung, daß er verpätet ist. Der Antrag setze eine viel geschlossener internationale Organisation voraus, als sie vorhanden ist. Die Frage der Streikunterstützung müsse jetzt noch den einzelnen Landeszentralen überlassen bleiben. Wenn die internationalen Beziehungen mehr ausgebaut sind, könnte man der Frage näher treten. Es ließe sich darüber reden, ob bei großen Kämpfen in einzelnen Ländern der internationale Sekretär nicht veranlaßt werden sollte, sich an Ort und Stelle zu informieren. Ein Beschluß hierüber sei aber jetzt noch verfrüht. Der Antrag wird darauf zurückgezogen.

In der Nachmittags-sitzung begründet Amerika folgenden Antrag: „Die internationale Konferenz empfiehlt den Gewerkschaftszentralen aller Länder das Studium der Frage der Errichtung einer Internationalen Arbeitskonföderation, wobei die Selbstständigkeit der Arbeiterbewegung jedes Landes bestimmt und garantiert bleibt. Der Zweck der Föderation würde sein der Schutz und die Förderung der Rechte und Interessen der Lohnarbeiter aller Länder und die Schaffung internationaler Brüderlichkeit und Solidarität.“ Es wurde beschlossen, daß die jetzige Benennung als internationales Sekretariat den Arbeitern nicht genügend verständlich ist. Sie müßten dafür eine nähere Bezeichnung erhalten, daß die von ihnen vorgeschlagene Bezeichnung dem internationalen Sekretariat mehr Inhalt geben wird. Nach dem gestrigen Beschlusse findet über den Gompersschen Vorschlag keine Diskussion statt, die Landeszentralen haben sich zunächst mit dieser Frage zu beschäftigen. Ein ähnlich lautender Antrag von Belgien wird zurückgezogen.

Nun kommt der 3. Punkt der Tagesordnung zur Verhandlung: Veranstaltung internationaler Konferenzen. Es stellt sich hierbei heraus, daß die Delegierten aller vertretenen Länder dem französischen Vorschlag nicht sympathisch gegenüberstehen. Die französischen Delegierten Jouhaux und Yvetot führen hierzu ungefähr folgendes aus: Der französische Vorschlag sei nicht neu, da er bereits im Jahre 1900 auf dem internationalen Kongress gestellt worden sei. Auf Konferenzen, auf denen nur wenige Personen anwesend sind, könnten die Arbeiterinteressen nicht genügend vertreten werden. Jedenfalls käme die Verschiedenheit der Auffassung nicht genügend zur Geltung. Auch wären Konferenzen lange nicht den Widerhall unter den Arbeitern wie ein Kongress. Die französischen Gewerkschaften ständen auf einem föderalistischen Standpunkt, wobei alle Meinungen zur Geltung kommen könnten. Nehnlich möchten sie auch auf internationalem Gebiete haben. Dies sei vielleicht auch der Grund, weshalb sich die Länder mit streng zentralistischer Gewerkschaftsbewegung gegen den Kongress wenden. Die Franzosen ständen auf dem Standpunkt, daß die Gewerkschaftsführer nicht anzuordnen, sondern nur auszuführen hätten. Man wird jedenfalls mit dem Einwurf kommen, daß die internationalen Arbeiter- und Sozialistenkongresse dem Bedürfnisse genügen. Die französischen Gewerkschaften wollen indessen mit politischen Parteien nichts zu tun haben; sie verlangen einen Kongress auf streng gewerkschaftlicher Grundlage. Demgegenüber erklären die Vertreter verschiedener anderer Länder, daß ein Bedürfnis nach besonderen internationalen Gewerkschaftskongressen nicht vorhanden ist. Die internationalen Arbeiter- und Sozialistenkongresse genügen. Auch habe man durchaus nicht die Absicht, einer Trennung in der Arbeiterbewegung Vorschub zu leisten. Beide Richtungen müßten zusammengehen. Unmöglich sei es, praktische gewerkschaftliche Fragen auf einem großen Kongresse zu erledigen. Das könne nur in kleinem Kreise geschehen. Von einer Bevormundung der Arbeiter könne dabei keine Rede sein. Die Diskussion hierüber zog sich den ganzen Nachmittag hin, wobei die französischen Vertreter erklären, daß wenn jetzt der internationale Kongress abgelehnt werde, die Frage auf jedem Kongress wiederkehren werde. Hierzu erklärt Legien, daß er es für durchaus angebracht halte, wenn die französischen Gewerkschaften ihren Antrag wieder stellen. Unter veränderten Verhältnissen könnte später auch eine andre Abstimmung erfolgen.

Hueber verlangt aber eine Abstimmung über den Antrag der Franzosen, womit dann die Sache für die Folge erledigt sei. — Yvetot erklärt, daß man doch wohl darüber einig sei, daß die Franzosen das Recht haben, zu jeder Konferenz ihren Antrag zu wiederholen. Dem wird nicht widersprochen. Darauf ziehen die Franzosen ihren Antrag für diesmal zurück. Die Konferenz, die am Dienstag zu Ende gehen sollte, wird dann auf Mittwoch verlagert.

Schurkenstreiche.

Wie sich mancher Leser des „Steinarbeiter“ erinnern wird, war im Jahrgang in den früheren Jahren öfters die Aufforderung zu verzeichnen, daß die und die Kollegen ihren Verpflichtungen der Zahlstelle und den Logiswirten gegenüber nach-

kommen sollten. Leider war dieser Brauch, das sogenannte „Fasenziehen“, worüber unser verstorbenen Redakteur Schmidt einstmals tiefgründige Betrachtungen angestellt hatte, sehr verbreitet. Mancher Steinmetz hatte in früheren Jahren die Ansicht, kein richtiger Geselle zu sein, wenn er nicht die nötigen Fasen gezogen hätte. Die Ursachen zu diesen für die organisierte Arbeiterchaft so beschämenden Zuständen lagen zum Teil in der schlechten Entlohnung, zum Teil war es aber auch sträflicher Leichtsin und eine gewisse Sucht, sich bei Kollegen groß zu machen, die in diesem Brauch Meister waren. Später lehnte es die Redaktion ab, diese Sündenlitanei im Verbandsorgan zu veröffentlichen, weil es wahrlich für eine Verbandszeitung nicht angenehm war, diese Ehrentafel ständig zu veröffentlichen. Unablässig war auch die jetzige Redaktion bemüht, durch Aufklärungsarbeit dieses Geschwür am Organisationskörper zu entfernen. Leider ist dieses bis jetzt noch nicht völlig gelungen. Wie schwer das Ansehen des Gewerbes durch solche Vorkommnisse am Orte geschädigt wird, können die am besten erzählen, welche in der Arbeiterbewegung tätig sind. Wir wollen nicht abstreiten, daß zeitweise Verhältnisse eintreten können, die auch den Besten zwingen, Schulden zu machen. Aber das ist noch kein Verbrechen. Leider ziehen aber unsere Kollegen sehr oft vor, lautlos zu verschwinden, und dem Logiswirt das Nachsehen zu hinterlassen. Ein jetzt in Bunzlau vorgekommener Fall zeigt wieder einmal recht drastisch, wie weit bei unsern Kollegen das Wort „Kollegialität“ Eingang gefunden hat. Zwei Kollegen namens Dönnike und Deichmann nahmen beim Kollegen Hante Quartier. Die ersten Wochen kamen sie ihren Verpflichtungen nach, die letzte Woche, wo jeder eine Summe von 12 Mk. schuldet, vergaßen sie zu bezahlen. Um ihre Schurkerei erst ins rechte Licht zu stellen, muß mit erwähnt werden, daß Kollege Hante schon das zweite Jahr an der Berufskrankheit leidet und vollständig erwerbsunfähig ist. Die genannten Kollegen brachten es fertig, diesen Schwerkranken um die Summe von 24 Mk. zu betrügen. Man ging aber noch weiter. Der Kollege Deichmann vergaß sich sogar so weit, daß er den Kranken, als dieser die Herausgabe des Anzugs verweigerte, über den Haufen rampte. Ist so eine Handlungsweise nicht eine vollendete Schurkerei zu nennen. Das Urteil überlasse ich den Kollegen über diesen Vorgang. Tief bedauerlich sind solche Vorkommnisse, zumal sie noch von organisierten Arbeitern ausgeführt werden. Das Wort Solidarität scheint diesen Leuten vollständig unbekannt zu sein. Alle Kollegen werden erjucht, dem Kollegen Hante behilflich zu sein, daß er sein Geld erlangen kann. Ueberall, wo diese Strauchritter auftauchen, muß ihnen der Standpunkt gehörig klar gemacht werden. Es wäre im Interesse des Verbandes sehr angebracht, diese Auswüchse zu beseitigen. Als organisiert kann man solche Leute nicht mehr betrachten. Jt. B.

Herr Korr

2. Vorsitzender des christlichen Keram- und Steinarbeiterverbandes.

(Heimliche Liebe eines christlichen Agitators.)

Der „Nachgenosse“, das Organ des Glasarbeiterverbandes, schreibt:

„Im schwarzen Steele lebte ein Ehepaar H... in Eintracht und Liebe beisammen. Doch dieses harmonische Verhältnis sollte eines Tages jääh gestört werden. Im Jahre 1905 kam der jetzige Gewerkschaftssekretär und zweite Vorsitzende des christlichen Keram- und Steinarbeiterverbandes“

Korr, von Stolberg im Rheinland nach Steele und gründete dort eine Zahlstelle des Keramarbeiterverbandes. Bei dieser Gelegenheit wurde er auch mit H. näher bekannt, der dem Vorstande der neugegründeten Zahlstelle angehörte. H. widmete sich ebenfalls der Agitation, und so kam es, daß er häufiger abwesend sein mußte. Korr verkehrte nun viel in seiner Wohnung, auch wenn er nicht anwesend war. Bei den Zusammenkünften mit der Frau des H... entpant sich zwischen dieser und Korr ein intimes Verhältnis, das zwar gegen das sechste Gebot der christlichen Religion verstoß, aber einer beiderseitigen feurigen Liebe entsprang. Bei der Frau soll der Anstoß zur Liebe nicht ganz ohne materielle Hintergedanken gewesen sein. Korr soll ihr sowohl wie ihrem Manne versprochen haben, daß er letzterem eine Anstellung bei den Christlichen besorgen werde. Die Frau versichert wenigstens, daß sie durch diese Versprechungen zum Ehebruch verleitet worden sei.

Als die Deffentlichkeit von dem Korr'schen Liebesverhältnis erfuhr, da verließ Frau H... Steele: sie lebt nun getrennt von ihrem Mann und ihren Kindern. Es sind dann eine Reihe Briefe unter den mehr oder minder interessierten Personen gewechselt worden, die gegenseitige Beschuldigungen enthalten. Diese Briefe, die teilweise sehr sauberen Inhalts sind, werden wir ohne zwingende Gründe nicht veröffentlichten, zumal wir uns in diesen Ehedramen (Korr ist nämlich auch verheiratet) nicht als Splitterrichter aufwerfen wollen. Worauf es uns ankommt, ist, einmal zu zeigen, wie gewisse „Christen“, die der Sozialdemokratie in Wort und Schrift vorwerfen, sie huldige der freien Liebe und wolle die Ehe abschaffen, selbst es mit der freien Liebe und der Heiligkeit der Ehe halten. Korr ist heute noch Angehänger des christlichen Keram- und Steinarbeiterverbandes und dürfte auf seinen Agitationsreisen häufig Gelegenheit haben, über die Unmoral der bösen Sozials herzu ziehen. Auch dem Generalsekretär Stegerwald sowie dem Vorsitzenden des christlichen Keram- und Steinarbeiterverbandes, Lehner in Köln-Chrenfeld, soll die Korr'sche Affäre bekannt sein. Wenn man trotzdem den Mann auf seinem Posten beläßt, so beweist das nur, daß man Schmutzereien in den eigenen Reihen milder beurteilt wie bei andern Leuten. Unsern Kollegen möchten wir raten, ein wachsameres Auge auf ihre Frauen zu haben, falls der Don Juan Korr als Agitator bei ihnen auftauchen sollte. Man kann nie wissen!“

Somit das Glasarbeiterorgan. Bemerkenswert ist, daß die christliche „Keram- und Steinarbeiterzeitung“ auf diese Anschuldigung bisher geschwiegen hat. Soll mit dieser Laktit der 2. Vorsitzende des christlichen Steinarbeiterverbandes vielleicht insoweit getreut werden, daß die Mitglieder nicht erfahren sollen, wie „Liebestoll“ ihr Vorstandsmitglied ist. Wenn die Sekretäre des Keramarbeiterverbandes in den Versammlungen ihr wohlgedrucktes Sprüchlein herunterreißen, dann tun unsere Kollegen gut, zu fragen, warum die Liebesaffäre des 2. Vorsitzenden Korr unerwähnt blieb.

Es wird für unsere Kollegen ein besonderes Vergnügen sein, wenn sie Versammlungen beiwohnen können, in welchen Herr Korr als Referent auftritt. Ueber das Thema: Freie Liebe wird er sicherlich sachgemäß referieren können.

Es ist für die Christlichen zu fatal, daß ihnen immer solches Malheur passieren muß. In der letzten Nummer konnten wir ja ebenfalls melden, in welcher tiefem moralischen Sumpf der christlich-nationale Arbeiterabgeordneter M. Schad watete. Schad, der ein gut „deutscher“ Familienvater ist, (1) wollte eine Reisegefährtin engagieren, die sich ihm auch geschlechtlich hingeben sollte. Und solche Schmeiereien begehren Leute, die täglich über die Unmoral der Sozialdemokraten geifern.

Wie wäre es, Herr Korr, wenn Sie sich zu der Sache, welche der „Nachgenosse“ bespricht, äußern würden?

Kollegen! Agitiert für eure Organisation!